

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis für den Monat: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Bekanntmachungen...

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 20. November 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolge eines deutschen Luftgeschwaders.

Die deutsche Ostseeflotte beschießt Libau. — Seegefecht im Schwarzen Meere.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Verhaftung von Geiseln.

Rotterdam, 19. November. (W. T. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Ostburg: Nachdem auf einen deutschen Wachtposten in Stroobbrugge Schüsse abgegeben worden waren...

Aus einem französischen Feldbrief.

Paris, 19. November. Aus Feldbriefen, die in französischen Blättern erschienen sind, ist herauszulesen, daß die Truppen das Leben in den Laufgräben satt sind. Ein Professor der Rechtslehre schreibt, sie leiden fürchterlich unter Kälte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Oesterreicher machen 7000 Gefangene.

Wien, 19. November. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Die Schlacht in Russisch-Polen nimmt einen günstigen Fortgang. Nach den bisherigen Meldungen machten unsere Truppen 7000 Gefangene und erbeuteten 18 Maschinengewehre...

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hoefler, Generalmajor.

Eine überholte russische Meldung.

Amtlich, Berlin, 19. November. (W. T. B.) Petersburger Meldungen über ein Vorrücken russischer Truppen gegen Gumbinnen und Angerburg wie über die Besetzung von Laugsgargen bei Tauroggen sind durch die Ereignisse überholt.

Hindenburgs Siegeszuversicht.

Wien, 19. November. (W. T. B.) Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“, Paul Goldmann, berichtet ausführlich über einen Besuch bei dem Generalobersten von Hindenburg und gibt eine charakteristische Schilderung des Armeeführers und seines Stabes...

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. November, vormittags. (W. T. B.)

In Westlandern und in Nordfrankreich ist die Lage unverändert.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader zwang auf einem Erkundungsfluge zwei feindliche Kampf-Flugzeuge zum Landen und brachte ein feindliches zum Absturz.

Ein heftiger französischer Angriff in Gegend Servon am Westrande der Argonnen wurde unter schweren Verlusten für die Franzosen zurückgeschlagen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz sind die erneut eingeleiteten Kämpfe noch im Gange. Oberste Heeresleitung.

Deutsche Schiffe beschießen Libau.

Berlin, 19. November. (W. T. B.) Am 17. November haben Teile unserer Ostseestreitkräfte die Einfahrten des Libauer Hafens durch versenkte Schiffe gesperrt und die militärisch wichtigen Anlagen beschossen.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes gez. Behneke.

Petersburg, 18. November. (W. T. B.) Ein Bericht des Admiralstabes besagt: Gestern morgen erschien ein deutsches Geschwader, bestehend aus zwei Kreuzern, mehreren Dampfern und zehn Torpedobooten vor Libau.

Am gleichen Tage näherte sich frühmorgens die russische Schwarzmeerflotte dem türkischen Fort von Trapezunt und beschoss Fort und Kasernen, was an der Küste eine heftige Feuerbrunst verursachte.

haben, wenn die Erde hart friert. Das ist einer der Vorteile, die uns der Winterfeldzug gegen die Russen bringt. Wenn sie nicht mehr in die Erde kriechen können, wird es den Russen schlecht gehen.

Armenien im Weltkriege.

Die Grenzverhältnisse zwischen der Türkei und Rußland haben es mit sich gebracht, daß die ersten Kämpfe zwischen den beiden Staaten an der kaukasischen Grenze, in Türkisch-Armenien ausgefochten wurden.

Die nach dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78 einsetzende Ära der Armenierverfolgungen in der Türkei läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß Armenien der Jantafel zwischen den Großmächten geworden war.

Die jungtürkische Revolution von 1908 setzte zwar der hamidischen Vernichtungspolitik gegen die Armenier ein Ende, aber die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des neuen Regimes...

Inzwischen hatte auch die internationale Lage eine Wendung angenommen, die dem Vorstoß des russischen Imperialismus nach Armenien und Kleinasien hin günstig war.

Welche Änderungen diese Situation in der Stellung Englands zur armenischen Frage hervorrief, geht deutlich aus dem kurz vor dem Ausbruch des Krieges erschienenen Buche der Gebrüder Burton: „Travels and politics in Armenia“ (London, 1914) hervor. Die Verfasser, die im Herbst 1913 in wichtiger politischer Mission in Armenien gewest haben, geben offen zu: man dürfe das Vordringen Russlands nach Armenien nicht hindern, allerdings nicht südlicher, als nach dem Gebirgskamm im Norden von Diarbekr, da sonst die Stellung Englands am Persischen Golf gefährdet werden könne. Andererseits erkennen die Verfasser auch die Ansprüche Deutschlands in Kleinasien an; sie sind gewillt, auch Deutschland einen Anteil an dem türkischen Erbe zu gewähren — zum Teil wohl aus der Erwägung, daß Deutschland und Rußland in Vorderasien vander die Wage halten und so England entlasten würden —; was sie aber verhindern wollen, ist die auf die Stärkung der Türkei gerichtete Politik Deutschlands, die den Interessen der anderen Großmächte in Vorderasien zuwiderläuft. „Deutschland — schreiben sie — festigt mit jedem Jahre den Boden für seine Ansprüche und gewinnt durch den Aufschub der Lösung.“ Wie England die Erfolge Russlands in Persien nicht aufhalten könne, könne das Deutschland nicht in der Türkei.

Man kann nicht sagen, daß den deutschen weltpolitischen Schriftstellern dieser Entwicklungsprozeß verborgen geblieben ist. Sie setzten ihm aber, fast ausnahmslos, die Forderung entgegen, den bisherigen Kurs Deutschlands in der Türkei fortzusetzen, selbst auf die Gefahr hin, einen Zusammenstoß mit Rußland heraufzubeschwören. So schrieb ein so einflussreicher Publizist wie Dr. Ernst Jäckh noch vor einem Jahr im „Asiatischen Jahrbuch“:

„Dort in Kleinasien liegt der Keim zu einer kommenden Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland; dort in Kleinasien kann ein Interessengegensatz sich offenbaren, für den Deutschland durch seine große Heeresvermehrung sich an der russischen Grenze rüsten muß. Nicht daß die deutsche Interessensphäre in Kleinasien als deutscher Gebietsanspruch gedacht werden muß — auch die Besetzung dieses türkischen Gebiets durch Rußland würde die deutsche Wirtschaftspolitik in Vorderasien bedrohen und gefährden.“

Von einem ähnlichen Standpunkt wird der Interessengegensatz zwischen Deutschland und Rußland in Vorderasien nun auch in der russischen bürgerlichen Presse gewertet. „Man kann sich freuen — schreibt der Vorkämpfer des russischen Liberalismus in den Fragen der auswärtigen Politik, Prof. Miljukow, in der „Retsch“ —, daß die Worte der Mächten des Dreiverbandes die Hände freigemacht hat für eine volle und radikale Lösung der armenischen Frage. Man kann sich auch freuen, daß diese Frage jetzt gelöst werden wird ohne Hindernisse und Geminnisse von seiten Deutschlands. . . . Das Band zwischen Türkisch-Armenien und den anderen Besitzungen des Sultans ist jetzt von den Jungtürken selbst endgültig und für immer zerrissen worden.“

Diese Deklaration Prof. Miljukows in der armenischen Frage wie die ganze kriegerische Entwicklung im Osten zeigen, daß der von Dr. Jäckh festgestellte „Keim zu einer kommenden Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland“ zur Entfaltung gekommen ist.

Beginn der Entscheidungsschlacht in Polen.

General v. Blume schreibt unterm 17. November 1914: Die Entladung des schweren Gewitters, das wir langsam von Osten heraufziehen sahen, hat begonnen. Seine Wirkung wird gewaltiger sein, als heute wohl noch mancher ahnt. Erst nach einigen Tagen wird man sie in ihrer ganzen Größe erkennen. Wir sehen dem Ausgange mit froher Zuversicht entgegen, müssen uns aber für heute mit einem Rückblick auf die Entwicklung der Lage beschränken, die im Osten seit den ersten Tagen des laufenden Monats stattgefunden hat.

Die Provinz Ostpreußen war im Beginn des Monats vom Feinde frei, ein Teil des Gouvernements Suwalki von deutschen Truppen besetzt. Sie sind inzwischen jedoch über die Grenze zurückgegangen, und diese ist abermals an mehreren Punkten von russischen Truppen überschritten worden, ohne daß sie tiefer einzudringen vermocht hätten.

Ostdeutschlands Sturmtage.

V.
Ortelsburg.

In einem Abteil mit Soldaten fuhr ich nach Ortelsburg. Und immer wieder und wieder begehrten sie Zeitungen! Die letzte, die ich bei mir hatte, schnappte ein junger Berliner Buchdrucker — (Ersatzreserve) —, der zwischen die Pioniere gesteckt war und sich da nicht allzuwohl zu fühlen schien.

Auf den Stationen zwischen Allenstein und Ortelsburg drängten sich besorgte Menschen an den Zug: „Kommt der Ruh?“ — „Wann kommt der Ruh?“ —

Vor der ersten Heimkunft im August hatte Ortelsburg samt dem jetzt einverleibten Deutendorf an die 9000 Einwohner. Nun sind sie in alle Winde zerstreut, und nur von der ärmeren Bevölkerung der Deutendorfstadt ist eine Anzahl Familien noch am Orte geblieben. Hat der Russe doch in diesem Proletariatviertel vor drei Monaten gar nicht gefertigt und nur milde geplündert! Nichtsdestoweniger hatten auch die Deutendorf von Ortelsburg ihre Stiebsachen gepackt und saßen fluchbereit, jeden Augenblick des Winkes zum Abmarsch gewärtig; denn schließlich war der erste Einfall ein Kinderpiel gewesen (es gab Familien, die bis zu 5 Tagen und Nächten hatten wandern müssen) — vor allen Dingen aber: das niedergebrannte und zerstörte Ortelsburg liegt fürchterlich-greifbar da, und das zweite Mal könnte es vielleicht auch der armen Deutendorftrübe schlimm ergehen.

Es war mir häufiger aufgefallen, daß die Frauen sich weniger suchtsam zeigten als die Männer. In Ortelsburg kam es zur Sprache, und es erwies sich, daß die Männer vielfach mit der Möglichkeit rechneten, sie würden — wie es im August zum Teil geschehen ist — mitgeschleppt werden!

Nach einer Meldung, die das Wolffsche Telegraphenbureau am 18. November verbreitete, sind im Regierungsbezirk Königsberg 2142 Gebäude ganz oder größtenteils zerstört; es handelt sich da vor allem um die Kreise Gerdaun, Wehlau, Friedland, Breußisch-Gelau, Rastenburg, Labiau, Vom Gumbinner Bezirk ist bisher wohl keine Zusammenstellung veröffentlicht, obwohl sie schon wegen Insterburgs wichtig wäre. Und — um auf den Königsberger Regierungsbezirk zurückzukommen — auch über die Schäden in den einzelnen Städten (Lapiau, Reidenburg, Hohenstein, Allenburg, Domnau usw.) sollten recht bald offizielle Zahlen bekanntgegeben werden.

In Ortelsburg hat die Kaufmannschaft den Russenschaden russisch zusammengestellt. Danach sind 70 Prozent der Häuser völlig vernichtet! Und zwar im einzelnen:

- 132 Wohngebäude,
- 178 Wirtschaftsgebäude,
- 414 Haushaltungen.

Ferner wurden 11 Einwohner Ortelsburgs getötet (erschossen oder ertrunken) und 22 verschleppt — darunter auch ein paar Frauen und Kinder.

Man hat in den letzten Wochen oft von der belgischen Stadt Brügge gelesen und daß sie als „tote Stadt“ bezeichnet werde. Wer

Die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die gemeinsam — erstere unter Befehl des Generaloberst von Hindenburg — aus unserer Provinz Schlesien und aus Weizalitzien gegen die Weichsel vorgezogen waren und sich dann veranlaßt gesehen hatten, vor sehr überlegenen, über die Weichsel herangezogenen Streitkräften zurückzugeben, waren im Anfang dieses Monats in den Grenzgebieten, aus denen sie ihren Vormarsch begonnen hatten, wieder eingetroffen, um sich der Lage entsprechend neu zu gruppieren“. Dieser Bewegung hatten sich auch jene österreichisch-ungarischen Truppen anschließen müssen, die in Galizien ostwärts wieder bis an den San, zum Teil, die Zeitung Brzespol entsehend, über den San vorgezogen waren. Ein Teil dieser Streitkräfte hat vermutlich zum Schutze Ungarns die Karpatenpässe besetzt, während die Hauptmacht unserer Verbündeten sich anscheinend in der Gegend von Arslau sowie südlich und nördlich dieses Waffenplatzes, mit Anschluß an den deutschen rechten Flügel, formiert hat.

Die Russen waren den Verbündeten mit gewaltiger Macht, aber langsam in dem Raume zwischen der ostpreussischen Südgrenze und den Karpaten, also in einer Breite von mehr als 800 Kilometer, gefolgt, und zwar anscheinend mit einer rechten Flügelarmee von fünf bis sechs Armeekorps auf dem rechten Weichselufer in der Richtung auf Thorn, mit der aus etwa 15 Armeekorps, einer Anzahl von Reserve-Divisionen und etwa zehn Kavallerie-Divisionen bestehenden Heeresgruppe auf dem linken Ufer der Weichsel in der Richtung auf die Grenzen von Schlesien und Weizalitzien. Außer dieser, mindestens 900 000 Mann starken Hauptmacht stand noch eine starke Armee der Südgrenze der Provinz Ostpreußen gegenüber, und ein beträchtlicher Heeresrest rückte in Galizien in der Richtung auf Arslau vor.

Gegen den 10. d. M. erreichte die russische Hauptmacht die Warthe auf der Sirede Kolo—Sieradz—Nowo-Radomsk, mit dem linken Flügel die Linie Maliszew—Weichsel. Zusammenstöße hatten seit längerer Zeit nur zwischen der beiderseitigen Kavallerie stattgefunden und waren trotz großer zahlenmäßiger Überlegenheit der russischen Kavallerie durchweg zugunsten der unsrigen ausgefallen. An der Warthe machten die Russen zunächst Halt, begannen aber nach einigen Tagen den Fluß zu überschreiten.

Der Generaloberst von Hindenburg hat inzwischen die ihm vom Feinde gelassene Zeit benutzt, um unter ausgiebiger Verwertung der heimatischen Eisenbahnen starke Streitkräfte nach seinem linken Flügel, an die Polensche Grenze, zu verlegen und andere Truppen an die Grenzlinie Thorn—Soldau heranzuziehen.

Am 12. und 13. d. M. erfolgten die Angriffe der Russen gegen die ostpreussische Grenze, insbesondere bei Stallupönen, Eddispuhlen und Soldau, die von den ostpreussischen Truppen, bei Soldau von den aus Westpreußen herangezogenen nach zum Teil festigen Kämpfen abgewiesen wurden. Am 15. wurden starke auf dem rechten Weichselufer vorrückende russische Kräfte unter Verlust von 5000 Gefangenen bei Lipno zurückgeworfen. Sie mußten auf Bloß weichen.

Inzwischen hatte der Generaloberst von Hindenburg auch auf dem linken Weichselufer, in dem Raume zwischen Weichsel und Warthe, mit seinen Hauptkräften die Offensive ergriffen. Am 13. wurde von ihm ein feindliches Korps bei Wloslawec, am 14. dasselbe Korps bei Duninow-Rovi geschlagen und ihm 1500 Gefangene abgenommen. Am 15. d. M. warf er mehrere ihm entgegengetretene russische Armeekorps bis über Kutno zurück, nahm 23 000 Mann von ihnen gefangen und erbeutete zahlreiche Geschütze und Maschinengewehre. Er wird den entschlossenen, noch größeren Erfolg versprechenden Einbruch in den feindlichen rechten Flügel inzwischen weiter ausgenutzt haben. Wir werden darüber bald Näheres hören.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die österreichischen Erfolge.

Berlin, 19. November. (B. L. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Schlag auf Schlag haben die österreichisch-ungarischen Truppen gegen die feindliche Streitmacht im Süden geführt. Keine Schwierigkeiten des Geländes, die bei der Kriegsführung in dem dortigen Gebiet wahrlich auch ins Gewicht fallen, haben das vordringende Heer Oesterreich-Ungarns wesentlich aufzuhalten vermocht. Im siegreichen Fortschreiten wurde der Feind an der Drina geschlagen und

heute tote Städte sehen will, der hat es nicht mehr so weit; Johannsburg, Soldau, Ortelsburg und wie sie alle heißen in Ostpreußen, sie sind tot, und erst der Frieden wird sie allmählich wieder zum Leben erwecken können.

Das Gewitterleuchten der deutschen Scheinwerfer zuckte über den Nachthimmel, als ich von meinem Rundgang zum Bahnhof Ortelsburg zurückkehrte. Noch immer sah sie auf derselben Stelle: die bleiche Flüchtlingsfrau. In der gleichen Stellung wie ein paar Stunden zuvor. Tränenlos starrten ihre Augen auf einen Punkt, und der Kopf wippte unaufhörlich auf und ab: Ja, ja! Ja, ja! wie man's in Häusern sieht, wo ein Liebes gestorben ist. Im behaglichen kleinen Wartesaal aber stellte sich eine schreckliche Folge der Russenangst heraus: die Brauer hatten kein Bier mehr geschickt; sie fürchteten, daß die Kosaken ihnen die Pferde „aufspannen“ und samt den Wagen entführen könnten. . . . Trauriger war es seit mehreren Tagen um die Säuglinge und die Kinder des Ortes bestellt; denn auch von Milchlieferung konnte keine Rede mehr sein.

Da die Weiterfahrt auf Ost zu wegen der militärischen Lage nicht möglich war, so dampfte ich gen Osterode. Die letzten Ortelsburger flohen oder blieben in großer Aufregung; sie hatten am Abend deutsche Pioniere ankommen sehen, und schon zeigten ihnen ihre überreizten Sinne die Wahn in die Luft gesprengt, die Flucht nach Allenstein veranlaßt. . . .

Und abermals Flüchtlinge über Flüchtlinge! Aus Ortelsburg, aus Willenberg, aus Arns, aus allen Ecken und Winkeln. Im Verlehn mit den stehenden Rasuren kamen mir meine polnischen „Kenntnisse“ zu statten; denn ich konnte von den fünf Redewendungen, die ich „beherrsche“, eine wenigstens oft anbringen: Nie tożumnie — ich verstehe nicht!

Wie robust man sein muß, um den Flüchtlingsjammer tage- und tage-, wochen- und wochenlang unaufhörlich ertragen zu können, wurde mir erst richtig klar, als ein Eisenbahner, ein Hüne von Mann, aus übervollem Herzen beichtete: das könne er nun nicht mehr mit ansehen — er werde seine Ablösung vom Jahrdienst beantragen. —

In den paar Tagen habe ich viel gesehen, viel gehört. Vornehmlich und in allen Tonarten das eine:

Ihr Berliner wißt ja gar nicht, wie glücklich Ihr seid! Könt Ihr denn mitreden vom Krieg? Hört Ihr, wie wir, Tag und Nacht die Kanonen donnern? Seht und erlebt Ihr das Flüchtlingselend? Gewiß! Ihr seid auch nicht auf Rosen gebettet. Die Lebensmittel sind teuer, die Arbeit ist knapp. Aber! Ihr könnt doch wenigstens ruhig in Euren Häusern sitzen, und selbst wenn auch Eure Väter und Söhne, wie die unsrigen, im Felde sind, so bleiben doch wenigstens Eure Familien beisammen, indessen unsere Männer und Jünglinge von 17 bis zu 45 Jahren vorm Feinde stehen, die Mütter, Kinder, Großeltern, aber umherirren, die Häuser in Trümmern liegen, das Vieh getötet, verhungert, fortgeschleppt, alles Hab und Gut zerstreut und verloren ist.

Wenn sie so zu mir sprachen, habe ich geschwiegen, und auch heute noch weiß ich nicht, was ich antworten soll.

Georg Davidsohn.

der Sieg tief in das gegnerische Land getragen. Hier wie überall haben die österreichisch-ungarischen Truppen mit herrlichem Mute und nicht wankender Ausdauer heldenhaft gekämpft und sich in der Hand einer tüchtigen Führung als vorzügliche Waffe bewährt. In Deutschland folgen weiteste Kreise mit freudiger Anteilnahme den Geschehnissen auch auf dem entfernten südlichen Schauplatz und beglückwünschen das in treuer Bundesgenossenschaft mit Deutschland Schulter an Schulter kämpfende Oesterreich-Ungarn zu den errungenen Erfolgen nicht minder, wie zum Besitz einer Wehrmacht von so hohen kriegerischen Eigenschaften.

Der Seekrieg.

Der Gefangenschaft entrisen.

Rom, 19. November. (B. L. B.) Die „Tribuna“ meldet aus Neapel: Gestern Abend traf hier, von Buenos Aires kommend, der italienische Dampfer „Ravenna“ mit 631 Rückwanderern an Bord ein. Der Dampfer war von den Engländern vor Gibraltar angehalten und in den Hafen geschleppt worden. Da sich an Bord fünfzig deutsche Reservisten befanden, die sich zu der Zeit in Santos eingeschifft hatten, als das Deltet von London ihnen die Ueberfahrt gestattete, verlangten die Oesterböden ihre Auslieferung als Kriegsgefangene. Diefem Ansuchen widerlegte sich der an Bord befindliche italienische königliche Kommissar, der dem Gouverneur von Gibraltar auseinandersetzte, daß die deutschen Soldaten nicht als Kriegsgefangene betrachtet werden könnten, weil sie zur Zeit der Wirksamkeit des englischen Deltets nach Europa abgereist seien. Die guten Gründe des königlichen Kommissars wurden anerkannt und so konnte die „Ravenna“ ihre Fahrt nach Neapel fortsetzen.

Protest der Neutralen.

Stockholm, 18. November. (B. L. B.) Das Amtsblatt veröffentlicht heute Abend den französischen Wortlaut der Protestnote der Regierungen von Schweden, Norwegen und Dänemark an gewisse Kriegsführende. Es heißt in der Note: Darauß bedacht die strikteste Unparteilichkeit zu beobachten und in der Ausübung ihres Handels von dem Geiste vollkommenster Loyalität gegenüber den Kriegsführenden erfüllt, haben die neutralen Länder geglaubt, sich auf die Unverletzbarkeit der grundlegenden Sätze des internationalen Rechtes verlassen zu können. Indessen haben sie von Tag zu Tag zu ihrem Schaden feststellen müssen, daß Kriegsführende das Recht in Anspruch nehmen, Grundzüge anzuwenden, die mit den Interessen der Neutralen ebenis unverträglich sind, wie mit dem Völkerrecht. Die gegenwärtige Krise wird eines Tages ein Ende nehmen. Dann werden die kriegführenden Staaten fernerlich nicht darüber ungehalten sein, einige derjenigen Grundzüge noch in Geltung vorzufinden, die ihnen in der Vergangenheit teuer waren und deren ruhmreiche Verdienste sie oft geweint sind. Sie der Grundzüge des Völkerrechts erinnern, heißt das gemeinsame Erbe der zivilisierten Staaten bewahren und verbinden, daß die Fortschritte, die man mehr als hundertjährigen Anstrengungen verdankt, verfallen. Die Note führt kurz die folgenden, besonders wichtigen Punkte an: Das Auslegen von Minen auf den großen Handelsstraßen im Meere, ohne die schuldige Rücksichtnahme auf die Sicherheit der friedlichen Schifffahrt, das beträchtliche Schaden verursacht und selbst den Verlust zahlreicher Menschenleben nach sich gezogen habe. Die Freiheit der Meere und das unwandelbare Recht der Neutralen, die gemeinsamen Straßen zu benutzen, sind vermindert und beschränkt worden. Ferner führt die Note an: Die Grundzüge für relative und absolute Kontrahende, die Grundzüge über Durchsuchung und Kaperei, die seit Jahrhunderten anerkannt seien, wurden nicht mehr beachtet, was dem gleichmäßigen Handel beträchtliche Verzögerung und Schaden zufügt.

Auf eine Mine geraten?

Triest, 18. November. (B. L. B.) Der kleine Kohlendampfer „Josephine“ der Austro-Amerikana, von Aria in Istrien mit einer Kohlenladung nach Triest unterwegs, ist gestern nachmittags auf der Höhe von Pola gesunken. Von der 12 Mann zählenden Besatzung sind sechs gerettet worden. Einer ist tot, die übrigen werden vermisst. Die Ursache des Unglücks ist nicht bekannt.

Der türkische Krieg.

Seegefecht im Schwarzen Meer.

Konstantinopel, 19. November. (B. L. B.) Das türkische Hauptquartier meldet: Unsere Flotte, die ausgelaufen war, um nach der russischen Schwarzmeerflotte, die Trapezunt beschossen hatte, zu suchen, traf diese auf der Höhe von Sewastopol. Die feindliche Flotte bestand aus zwei Schlachtschiffen und fünf Kreuzern. In dem Kampf, der sich entwickelte, wurde ein russisches Schlachtschiff ernstlich beschädigt. Die übrigen russischen Schiffe ergriffen, von unseren Kriegsschiffen verfolgt, die Flucht in der Richtung auf Sewastopol.

Türkischer Vormarsch in Aegypten und im Kaukasus.

Konstantinopel, 18. November. (B. L. B.) Der heutige Bericht des türkischen Hauptquartiers lautet: Auf allen Kriegsschauplätzen werden die Kämpfe mit Erfolg fortgesetzt. Unsere Truppen an der ägyptischen Grenze besetzten Katalunah (?), das 120 Kilometer jenseits der Grenze liegt und hielten dort die türkische Fahne. Unsere Truppen, die durch Asistan nach Rußland eindringen, schlugen mit Gottes Hilfe die Russen nach heftigem Kampfe und fügten dem Feinde große Verluste zu. Unsere Truppen machten hundert Gefangene und erbeuteten zwei Gebirgsgeschütze.

Türkische Erfolge im Kaukasus.

Konstantinopel, 19. November. (B. L. B.) Amtlicher Bericht des Hauptquartiers. Seit zwei Tagen greift unser Heer mit Macht das russische Heer an, das seine Stellung in der Linie Azab—Jazab—Rhabab in der Umgebung der Grenze eingenommen hat. Mit der Hilfe Gottes hat unser Heer durch einen Bajonettangriff die Höhen in der Umgebung von Azab erobert, die der Feind außerordentlich stark besetzt hatte. Der Kampf, der heftig ist, nimmt für uns einen sehr günstigen Verlauf. Unsere in der Richtung auf Batum vorrückenden Truppen haben dem Feinde eine weitere große Niederlage beigebracht und die Stellungen von Jabolkar und Kourz besetzt; sie haben bei Jabolkar von den Russen eine Fahne erbeutet und sechs Offiziere, darunter einen Oberstleutnant und einen Hauptmann von den Kosaken sowie mehr als hundert Soldaten zu Gefangenen gemacht. Sie eroberten vier Kanonen und ein Automobil, eine Menge Pferde und viel Lebensmittel. Die russischen Verluste sind groß. Der Rest rettete sich in ordnungsloser Flucht in der Richtung auf Batum. Unsere

Truppen, die in Herbeidschan vorrückten, hatten am 16. d. M. ein Gefecht mit einer starken russischen Abteilung in der Nähe von Salmas. Die Russen wurden geschlagen und verloren an Toten zwei Offiziere und hundert Mann. Die Haupter der persischen Stämme, die sich bis jetzt zu den Russen gehalten hatten, haben sich samt ihren Stämmen mit unseren Truppen vereinigt.

Die Lage auf der Balkanhalbinsel.

Bulgarische Zeitungen berichten, der französische Minister des Aeußeren Delcassé habe den diplomatischen Vertretern Frankreichs in Petersburg, Risch und Athen Anweisung gegeben, für die Wiederherstellung des griechisch-serbisch-bulgarischen Bündnisses zu wirken, und zwar unter der Bedingung, daß Bulgarien den ihm laut dem Bündnisvertrag von 1912 zukommenden Teil Mazedoniens erhalten soll, dessen Okkupation durch Serbien bekanntlich den zweiten Balkankrieg heraufbeschwor und den Balkanbund vernichtete. Diesen Versuch Delcassés, die bisherige Haltung Bulgariens zu beeinflussen, wird von der russischen Presse und der russischen Diplomatie fast ausnahmslos unterstützt. Bisher war ein großer Teil der russischen Presse gegen eine Einwirkung auf Serbien zugunsten Bulgariens. Man hielt in Petersburg bis zur letzten Zeit an derselben Politik fest, die durch einseitige Förderung Serbiens den Zusammenbruch des Balkanbundes und die Abkehr Bulgariens von Rußland herbeigeführt hatte. Nun aber haben sich die Anschauungen gründlich gewandelt. Seitdem Sofia zum Mittelpunkt der Balkanpolitik geworden ist, und noch mehr, seitdem die österreichische Offensive in Serbien Fortschritte macht, sind die Petersburger Politiker bereit, Bulgarien selbst auf Kosten Serbiens Konzessionen zu machen, um es zu einer Aenderung seiner bisherigen Politik zu veranlassen.

Allerdings hat die Diplomatie des Dreiverbandes noch keine wesentlichen Erfolge in Sofia zu verzeichnen. Aber, wie die Petersburger „Reich“ mitteilt, hätten die fortwährenden Einwirkungen der russischen Diplomatie den Erfolg gehabt, daß Bulgarien den Entschluß faßte, sich aller feindlichen Aktionen gegen Serbien zu enthalten. (?)

„Dieser Beschluß Bulgariens“ — schreibt die „Reich“ — „wird als großer Gewinn angesehen. Allerdings ist es noch weit bis zur Wiederherstellung des Balkanbundes, und das um so mehr, als die Serben zurzeit den Bulgaren gegenüber fast eine größere Feindseligkeit an den Tag legen, als gegenüber den Oesterreichern.“ „Unsere Diplomaten“ — fährt das Blatt fort — „glauben, daß es vorläufig noch sehr schwer ist, eine vollständige Ausöhnung zwischen den Serben und Bulgaren herbeizuführen. Die nächste Aufgabe der Diplomatie des Dreiverbandes bestehe hauptsächlich darin, die früheren Bundesgenossen von Feindseligkeiten gegeneinander zurückzuführen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu mildern. Man müsse hoffen, daß diese Bemühungen von Erfolge gekrönt sein würden. Damit in Verbindung stehe zweifellos die Verbesserung der bulgarisch-rumänischen Beziehungen, die der Diplomatie des Dreiverbandes gleichfalls nicht wenig Kopfzerbrechen verursachen.“

Die Behandlung der Gefangenen.

Ein amerikanischer Bericht über England.

London, 19. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der amerikanische Konsul Swain, der im Namen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns das Konzentrationslager von Dorchester beaufsichtigte, äußerte in einem Interview, die Internierten könnten Gott danken, in diesem Lager untergebracht zu sein; sie seien in soliden Gebäuden untergebracht. Die sanitäre Aufsicht führten zwei Inspektoren, von denen der eine Sanitätsoffizier sei, die regelmäßig das Lager besuchten. Jeder Neuaufgenommene werde ärztlich untersucht, jeder Krankheitsfall werde zur Kenntnis der Inspektoren gebracht; ernstlich Kranke würden nach den Zivilkrankenhäusern gebracht. Drei junge Männer, die herzleidend waren, seien nach dem Deutschen Hospital in London, das nicht geschlossen sei, übergeführt worden. Zwei oder drei Internierte hätten sich nach Privatkliniken begeben. Die Verpflegung sei erheblich besser als die englischen Gefangenen in Deutschland erhalten. Jeder Gefangene habe Decken und eine Matratze. Den jungen Leuten werde Tages- und Abendunterricht erteilt, der durchschnittlich von 200 Mann besucht werde. Für Unterhaltung, Schach- und Kartenspiel seien Säle bereitgestellt und auch das Fußballspiel werde gepflegt. Ein besonderes Gebäude diene in der Woche als Schule und Versammlungslokal und Sonntags als Kirche. Ein anderes Gebäude diene als Musiksaal. Unter den Internierten befänden sich gute Musiker und Sänger. Jeden Abend fänden Vorlesungen statt. Für Badegelegenheit sei gesorgt. In Dorchester wie in anderen Lagern bestehe große Schwierigkeit, Beschäftigung für die Gefangenen zu finden.

Die englischen Gefangenen in Deutschland.

Amsterdam, 18. November. (W. L. B.) „Handelsblad“ veröffentlicht einen Brief des holländischen Arztes Kaussen, der kürzlich das Garnisonlazarett in Düsseldorf besuchte. In diesem Brief hebt der Arzt hervor, daß die englischen Gefangenen in jeder Hinsicht mit der Behandlung und Verpflegung zufrieden seien. Zwei französische Offiziere hätten die ausgezeichnete Verpflegung gerühmt, die sie vom Augenblick ihrer Aufnahme in Düsseldorf erhalten hätten.

Die englischen Gefangenen in Oesterreich.

Wien, 19. November. Das A. N. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau teilt mit: Mit Rücksicht auf die traurige Lage, in der sich unsere Staatsangehörigen namentlich in England befinden sollen, wurden in der letzten Zeit die Maßnahmen bei uns besonders gegen die Engländer verschärft, indem außer weiteren Internierungen insbesondere auch verfügt wurde, daß englische Staatsangehörige ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh die Wohnung nicht verlassen, öffentliche Lokale aber überhaupt nicht besuchen dürfen. Diese Verschärfungen bleiben solange aufrecht, als nicht die Gewißheit besteht, daß auch unseren Staatsangehörigen in England eine andere Behandlung zu teil wird. Die internierten Ausländer werden bei uns überall gut behandelt, da hier nicht der Ehrgeiz besteht, barbarische Sitten nachzuahmen.

Vergeltungsmaßregeln.

Auf eine Anfrage an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow, welche Maßnahmen die deutsche Regierung angesichts der Deportation deutscher Gefangener nach Sibirien und ihrer grausamen Behandlung ergreife, hat das „Hamburger Fremdenblatt“ folgende Antwort erhalten: „Der Standpunkt der deutschen Regierung ist in dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 8. November näher dargelegt. Die Verbringung deutscher Gefangener nach Sibirien und ihre Behandlung wird durch den amerikanischen Vertreter untersucht. Von dem Ergebnis werden weitere Maßnahmen der deutschen Regierung abhängen.“

Weiter hört das „Hamburger Fremdenblatt“ aus zuverlässiger Quelle, daß man der Anregung in der Presse, bei etwaigen Vergeltungsmaßnahmen gegenüber russischen Staatsangehörigen, die Polen, Finnländer, die deutschen Russen und die Juden günstiger zu behandeln, wohlwollend gegenübersteht.

Die „Tägliche Rundschau“ hat erfahren, daß für die allernächste Zeit eine weitere Verschärfung der Bestimmungen gegen feindliche Ausländer im Reichsgebiet bevorsteht. Da aus Rußland Nachrichten vorliegen, wonach dortige Deutsche gleichfalls in Konzentrationslager abgeschoben werden, so wird, falls die angelegten Nachforschungen die Richtigkeit dieser Nachricht ergeben sollten, auch von Deutschland die Einschließung russischer Staatsangehörigen in die Wege geleitet werden.

Gegen die von England betätigte Einberufung der deutschen Personen weiblichen Geschlechts sind durch Vermittlung einer neutralen Macht nochmals schärfste Schritte in London unternommen worden, von deren Ausfall es abhängt, ob nicht Deutschland zu gleichen Vergeltungsmaßnahmen auch gegenüber den zahlreichen in Deutschland aufhältlichen Engländerinnen schreiten wird.

Ein amerikanischer Vermittlungsversuch?

Aus Stockholm wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphiert: Ein Telegramm aus Petersburg von gestern abend teilt mit, daß ein hochstehender Vertreter der Vereinigten Staaten der russischen Regierung und dem Hofe einen Besuch abgestattet hätte, um im Namen des Präsidenten Wilson sich nach den Möglichkeiten einer amerikanischen Vermittlung zu erkundigen. Das Resultat der Konferenz wird streng geheim gehalten. Der außerordentliche Gesandte hat Petersburg bereits wieder verlassen.

Zur Frage der belgischen Neutralität.

Unter dem Titel „Zur Beurteilung der belgischen Neutralität“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Aus einer dem Amtsgericht in Köln a. M. abgegebenen Zeugenaussage (im Verfahren zur Feststellung belgischer Gewaltthatigkeiten gegen Deutsche) teilen wir folgendes mit: „Am 31. Juli und 1. August habe ich von der französischen Grenze bei Raubeuge — Grensort Jeumont — bis Ramur nur einen belgischen Posten gesehen. Dagegen war um diese Zeit die belgische Grenze nach Deutschland von Ramur bis Berwiers dicht mit belgischen Truppen aller Waffengattungen besetzt. In Charleroi war die Mobilmachung in vollem Gange. Schon um 1/2 Uhr morgens war alles in Tätigkeit. Am 31. Juli abends riet mir ein Belgier, die Nacht durchzuführen, denn bei Mitternacht sei alles mit Truppen dicht besetzt. Die belgische Grenze gegen Frankreich stand also Ende Juli ganz offen. Gegen Deutschland war sie dagegen dicht besetzt.“

Weiter aus einer Zeugenaussage vor dem Amtsgericht in Papenburg: „Ich wohnte seit Januar 1907 infolge kontraktlichen Engagements als Ingenieur-Directeur techniqu des Usines de Nickel de la Nêthe in Duffel, Provinz Antwerpen (früher: L. Chavans, Fondries de Nickel de la Nêthe). Meine Wohnung befand sich in einem gemieteten Hause, dessen Besitzerin das Kloster der Norbertineschwester in Duffel ist. Dieses Haus liegt in Duffel am Place de l'Église. Am Donnerstag oder Freitag vor der deutschen Mobilmachung wurden bei uns drei oder vier Jahresklassen einberufen und in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August d. J. zehn weitere Jahresklassen. Ich weiß dies von unseren Arbeitern, von denen ein großer Teil eintraten mußte, und zwar befanden sich diese bereits am Sonnabendmorgen, als sie ihre Wohnung entgegennahmen wollten, in Uniform. Am 1. August mittags war bereits ein solches Leben bei uns in Duffel infolge der eintreffenden Fortbesetzung und anderer Truppen.“

Der Heilige Krieg und Italien.

Rom, 19. November. (L. U.) In hiesigen Kolonialkreisen sieht man trotz der türkischen Erklärungen der Entwidlung des Heiligen Krieges mit großem Mißtrauen entgegen. General Amaglio, der Gouverneur der Chrenaisa, der aus Anlaß der Vorgänge in der Türkei nach Rom zurückkehrte, erhielt alle von ihm verlangten Vollmachten zur Sicherung Libyens.

Das Steuerprogramm Lloyd Georges.

Rotterdam, 18. November. (W. L. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Obwohl die Preise im allgemeinen die Rede Lloyd Georges lobt und die Bereitwilligkeit des Landes ausdrückt, die Steuern zu tragen, wird doch eine gewisse Kritik geübt. „Daily Telegraph“ sagt, daß nicht alle Klassen gleichmäßig belastet werden; eine Verdoppelung der Einkommensteuer empfinde man stets am schwersten. „Daily Chronicle“ sagt: Eine derartig schwere Besteuerung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in einem Industrielande gefährlich wie das Schlagen der Henne mit den goldenen Eiern. Die Verdoppelung der Einkommensteuer muß den Unternehmungsgestirb schädigen.

Es ist charakteristisch, wie unangenehm den Reichen Englands ein Steuerprogramm ist, das auch sie in gefährlicher Weise, wenn auch leider nicht ausschließlich zu den Kriegskosten heranzieht. Es wäre übrigens erwägendwert, ob nicht auch in Deutschland ein Teil der Lasten auf dem Wege direkter Besteuerung aufzubringen wäre. Neben anderen Steuern wäre auch eine Erweiterung der Vermögenszuwachssteuer, die alle Kriegsgewinne der Allgemeinheit zuführt, sehr angebracht.

Erfolg der englischen Kriegsanleihe.

London, 18. November. Dem Reuterschen Bureau zufolge ist die Unterbringung der Kriegsanleihe von 350 Millionen Pfund Sterling bereits gesichert. Eine große Anzahl von Geldkennern hätte den ganzen Tag über Voranmeldungen bei der Bank von England eingereicht.

Die englischen Genossenschaften unterstützen „feindliche“ Ausländer.

Das britische Komitee des Internationalen Genossenschaftsbundes hat einen Aufruf an alle englischen Genossenschaften gerichtet, die sich in England aufhaltenden „feindlichen Ausländer“ finanziell zu unterstützen und Sammlungen in ihrem Interesse zu veranstalten.

Italiens absolute Neutralität.

Büch, 19. November. (W. L. B.) Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Mailand beschloß der Zentralvorstand des starken, in ganz Italien verbreiteten Landarbeiterverbandes mit dem Sitz in Bologna, der Propaganda für Beteiligung am Kriege eine energische Aktion zugunsten der absoluten Neutralität Italiens entgegenzusetzen.

Politische Uebersicht.

Vom Reichstag.

Der Reichstag tritt bekanntlich am 2. Dezember zusammen, um Stellung zu den weiteren Kriegskrediten zu nehmen. Da eine Reichstagskommission zurzeit nicht besteht, wird eine sogenannte „freie Kommission“ gebildet. Die Kommission tritt am 1. Dezember zusammen. Sie wird 36 Mitglieder zählen, damit auch den kleineren Parteien, die in der Budgetkommission eine Vertretung nicht haben, eine solche gesichert ist. Der sozialdemokratischen Fraktion stehen zehn Sitze in der Kommission zu. Folgende Genossen werden in die Kommission eintreten: Bauer, Dr. David, Ebert, Gaase, Hoch, Ledebour, Legien, Wolfenbuter, Scheidemann, Robert Schmidt. Die Verhandlungen der Kommission sind allen Mitgliedern des Reichstags zugänglich. Die sozialdemokratische Fraktion tritt bereits am Sonntag, den 29. November, vormittags pünktlich 10 Uhr zusammen.

Gescheiterte Wahlabmachungen.

Der Versuch, die Landtagswahlen in Hessen ohne Wahlkampf durchzuführen, ist, wie der „Deutsche Kurier“ erzählt, gescheitert. Eine am letzten Montag im Ständehaus in Darmstadt abgehaltene, von Vertretern aller Parteien besuchte Beratung ergab eine Reihe nicht unerheblicher Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen war eine Verständigung nicht zu erzielen. Einer in vierzehn Tagen einzuberufenden Versammlung soll ein neuer Einigungsvorschlag unterbreitet werden. Sollte auch dieser, was bei den in mannigfacher Hinsicht sehr gespannten Parteiverhältnissen anzunehmen ist, scheitern, dann wird es im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse bei dem zunächst von der Regierung gemachten Vorschlag, den Wahltermin vorläufig auf die zweite Hälfte des nächsten Jahres zu verschieben, sein Bemühen haben müssen.

Der standhafte Paasche.

Der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Dr. Paasche, ist gegen eine Entschädigung von 5000 M. pro Jahr in den Aufsichtsrat der Zigarettenfabrik „Zasmahi“ eingetreten. Herr Dr. Paasche erklärte, daß er sich bemühen werde, dieses dem englischen Tabaktrust angeschlossene Unternehmen von jedem ausländischen Einfluß zu befreien. Die in dem Anti-Trustverband organisierte Konkurrenz der „Zasmahi“-Gesellschaft hat nun Herrn Paasche heftig angegriffen und auch in einer Zuschrift an die nationalliberale Reichstagsfraktion verlanget, man solle Herrn Paasche zum Austritt aus dem Aufsichtsrat auffordern. Dazu wird nun dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Dresden geschrieben:

„Die Zeitleute haben verstanden, mit dem Namen Paasches ihr Geschäft, das begreiflicherweise unter der berechtigten Abneigung aller Deutschen gegen englische Erzeugnisse sehr stark leidet, dadurch aufzubessern, daß sie Paasches Namen dazu verwenden, um zu behaupten, die Fabrik sei auf dem Wege, deutsch zu werden. Dieser Umstand hat nationalliberale Parteimänner bewegt, Geheimrat Paasche nachzulegen, aus dem Aufsichtsrat wieder auszuschneiden, aber leider vergebens, wie aus einem Schreiben des nationalliberalen deutschen Reichstages zu Dresden an Herrn Justizrat Dr. Eshes, Vorsitzender des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrustes, hervorgeht.“

Man sieht, es gibt Umstände, unter denen Herr Paasche nationale Argumente — wobei wir freilich die Ununterstütztheit der Argumente der Trustbekämpfer nicht weiter prüfen wollen — nicht zugänglich ist.

Ein Kriegsgeschäftemacher.

Ein Geschäftshaus in einer rheinischen Großstadt, dessen Leitung jedenfalls nicht weiß, daß in Deutschland die Militärbehörden nach anderen Grundrissen arbeiten wie etwa in Rußland, richtete an ein Bekleidungsamt im Bereiche des 7. Armeekorps ein mehr als sonderbares Geschäftsangebot. Das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps (General v. Bissing) übergibt diese Angelegenheit in folgender Form der Presse zur Veröffentlichung:

„Dem stellvertretenden Generalkommando ist uns behufs Veröffentlichung das nachstehende Angebot mitgeteilt worden, welches das Gardinenhaus . . . Modernes Spezialhaus für Gardinen und Janendekorationen usw. in . . . an ein Kriegsbekleidungsamt zu richten sich erlaubt hat:

„Wir machen Ihnen hierdurch die Mitteilung, daß wir in der Nähe von Berlin eine neu eingerichtete Schuhfabrik mit elektrischem Betrieb wissen, und bitten um umgehende Mitteilung, ob Sie hierfür Verwendung haben; im Falle bei einer Vermittlungsprovision von 1000 M. geben wir Ihnen die Adresse sofort an.“

Hochachtung

(Unterschrift).

(N.B.) Der Inhaber dieser Firma steht seit zwei Monaten im Felde.“

Leute mit so robustem Gewissen verdienen namentlich bekanntgegeben zu werden, was leider in der Veröffentlichung unterlassen ist.

Letzte Nachrichten.

General von Voigts-Rheß gestorben.

Großes Hauptquartier, 19. November. (W. L. B.) Generalquartiermeister, Generalmajor von Voigts-Rheß, ist in der Nacht vom 18. zum 19. November unerwartet einem Herzschlage erlegen. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Verurteilung eines Deutschen in England.

London, 19. November. (W. L. B.) In Grimsby wurde gestern der deutsche Fischer Georg Bruhn zu 2 Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil er es unterlassen hatte, sich in das Polizeiregister einzutragen zu lassen.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
20. Abt. Bez. 789.
Am Dienstag, den 17. November, verstarb unser Genosse, der Gastwirt
August Gottong
Liebenvalder Str. 30.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf, Babelstr. 8, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
233/5 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
August Gottong
Hochhäuserstr. 1, Bezirk 2 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf, Babelstr. 8, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
45/1 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Geschäftsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Max Wenger
(Firma Vinner Nachf.) am 18. November plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Bringen-Allee (Wollanstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
160/20 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter
Otto Dumke
(Faktor, Drehmstr. 50) am 18. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Pantow, Neue Bahnhofstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser
Otto Prange
am 7. d. Mts.
Ferner starb unser Mitglied, der Klempner
Heinrich Sinsel
Kantowstr. 5, am 8. d. Mts. infolge Unfalls.
Ehre ihrem Andenken.
127/20 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern bitte zur Nachricht, daß der Kollege, Hilfsarbeiter
Otto Roloff
(Brauer, Friedrichshain) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Kirchhofes in Reinickendorf, Babelstr. 8, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
14/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau
Elisabeth König
von der Firma „Vorwärts“, Expedition Lichtberg, am 17. November im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Ahrenshoop aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/18 **Die Bezirksverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schreier
Emil Müller
Rosinenstraße 3 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. November, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Rege Beteiligung erwartet
251/10 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag ist unser lieber Kollege und guter Freund
Gustav Brötzmann
im Alter von 43 Jahren auf dem Wege zur Arbeit plötzlich am Herzschlag vom Tode überrascht worden.
Wir werden den lieben Kollegen, treuen Kameraden und Freund nie vergessen.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rentöller Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
50/9 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Ortsverwaltung Adlershof.
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Betriebsmeister
Julius Arndt
am 17. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rudower Kirchhofes aus statt. 258/10

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Karl Schulz
vom Gaswerk Reußlin.
Die Beerdigung hat stattgefunden.
Gustav Mehlmann
von der Kanalisation Berlin.
Gefallen in den Kämpfen im Osten am 7. November.
Ehre ihrem Andenken!
36/2 **Die Ortsverwaltung.**

Fern von der Heimat fiel in Frankreich am 23. Oktober mein bejubeltester, unvergesslicher Kamerad, derjenige Vater, Schwieger-Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehmann
Julius Jankowsky
im 37. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Martha Jankowsky
geh. Hartmann nebst Kindern, Reichberger Str. 115.
Du treueste Herz, ruh' still in Frieden.
Wir' unser Glück nahmt Du mit hin,
Du kämpfdest sorgend für Dein junges Leben,
In unserm Herzen stirbt Du nie,
War einfach war Dein Leben,
Du hastest nie an Dich,
Für die Deinen strebend
War Deine größte Pflicht. 148/1

Verband der Lithographen, Stein-drucker u. verwandten Berufe (Deutscher Sonofelder-Bund).
Nachruf.
Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Stein-drucker
Otto Piephardt
am 20. Oktober im Westen gefallen ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Fritz Kluge
Reußlin, Kanbacher 20, im Alter von 60 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Donnerstag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Jakob-Kirchhofe in Reußlin, Hermannstraße, statt. 93/14
Die Ortsverwaltung.


Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
Bei den Kämpfen im Osten fiel am 2. November der Stellmacher
Otto Pezold
Dänenstr. 6. 6. Abt., Bez. 560.
Am 7. November gleichfalls im Osten
Otto Schönfeld
Kuppiner Straße 4. 2. Abt., Bez. 507.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Volks-Feuerherstättungs-Verein „Groß-Berlin“.
Am 17. November starb unser Mitglied, Herr
Emil Müller
Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37, statt.
Rege Beteiligung erwartet
290/5 **Der Vorstand.**

Am 18. November starb unser lieber Kollege
Franz Sturmhöfel
im Alter von 83 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren.
Das Personal der Buchdruckerei Paß & Carls G. m. b. H.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhofe in Eichendorf statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Otto Sarcander
am 7. November in Ostpreußen,
Joseph Polauke
in Frankreich gefallen sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Allgütig und fern den Seinen starb am 24. Oktober auf dem Schlachtfeld im Westen mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwager und Onkel, der Wehmann
Emil Stolle
im Alter von 28 Jahren.
Ruhe sanft in fremder Erde!
Im Namen der Hinterbliebenen zeigen dies im tiefsten Schmerz an
Wwe. Gertrud Stolle geb. Bartels
nebst Kindern.

Den Heldentod fand am 27. Oktober bei einem größeren Gefecht im Osten durch Kopfschuß mein ungerühmter Mann, unser treuer, sorgender Vater, lieber Bruder und Schwager, der Buchdrucker
Max Bischoff
Unteroffizier der Reserve im 18. Infanterieregiment im Alter von 37 Jahren.
Er fand keine Ruhestätte auf deutschem Boden im Garten von Ringen zu Goldap.
In tiefstem Schmerz
Anna Bischoff geb. Peschel
und Kinder. 148/6
Du schiedst von uns in Deines Lebens Kraft,
Der Du treu sorgend bist für uns gewußt.

Fern von seinen Lieben fiel am 6. Oktober in Rußland mein innigst geliebter Mann und treuer, sorgender Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Referent
Richard Heinisch
im 29. Lebensjahre. 124/1
Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Emilie Heinisch und Sohn
Familie Paul Heinisch
Familie Friedrich.

Kranken- und Sterbekasse des Ortsvereins der Maler, Stukkateure und Bildhauer zu Charlottenburg.
V. a. G.
Montag, den 14. Dezember 1914, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Restaurant **Wernicke**, Eismarktstr. 38.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls. 2. Renouveau des Gesamtvorstandes, der Rechnungsprüfer, der Krankenkassen und des Schiedsgerichts. 3. Verschiedenes. A. K.: Wilh. Seeger, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.
Bezirk Pankow.
Am Mittwoch, den 18. November, verstarb nach langem schwerem Leben unser Genosse, der Schlichter
Otto Dumke
im Alter von 24 Jahren an der Prostatarterienkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Pantower Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt. 242/19
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung

Am 2. November fiel bei den Kämpfen in Frankreich unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler
Hermann Schröder
im blühenden Alter von 29 Jahren.
Er ruhe sanft in fremder Erde!
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Neubauer,
Familie Hauschild,
Frau Anna Hauschild,
Berta Schröder.

Den Heldentod fürs Vaterland fand auf dem östlichen Kriegsschauplatz am 12. September mein lieber Mann
Hermann Grassow
im besten Alter von 37 Jahren.
Unvergesslich bleibt Du Deinen Hinterbliebenen. 490/8
Frau Witwe Emma Grassow.

Zentralverband der Lederarbeiter Filiale Berlin I.
Hierdurch den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drehrühr
Hugo Warmuth
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Heiligen Kreuz-Gemeinde zu Mariendorf statt. 133/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow.
Die 275/12

Ordentliche Ausschuß-Sitzung
der Kasse findet am Montag, den 30. November 1914, abends 8 Uhr, im Restaurant von Kocanski, Berlin-Pankow, Kreuzstr. 4/5, statt.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Bericht über den augenblicklichen Stand der Kasse.
3. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1914.
4. Aenderung des Vorantrages für 1915.
5. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.
Angewandte Anträge oder Beschwerden können in der Ausschuß-Sitzung überhaupt nur verhandelt werden, wenn dem Vorstand mindestens fünf Tage vor der Sitzung davon Mitteilung gemacht wird.
Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Ausschuß werden hierdurch höflich eingeladen mit dem Hinweis, daß ihnen eine Legitimation noch zugehändigt wird.
Um pünktliches Erscheinen bittet
E. u. b. g. Vorsitzender.

Seal imit.
in Seide, Mohär 10., 15., 20. Mtr.
Damen-Kostüm- u. 3., 4., 5. Ullsterstoffe Mtr. M. 3., 4., 5. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. gegenüber d. Patrikirche.
Gertraudenstr. 20-21.
Knabenanzüge
Wasser, Pyjama, einzelne Hosen am billigsten direkt in der Spezialfabrik „Präzisions Knabenbekleidung“ 50 Androstr. 50. 1. Etage.
Rein Baden.

Bekanntmachung.
Wir beschließen, jedem unserer im Felde stehenden Mitglieder, dessen Angehörige Kriegsunterstützung beziehen, ein Weihnachtspaket zuzulassen und erlauben die Angehörigen, die genaue Adresse sofort, spätestens bis zum 23. d. Mts. früh, in unserem Bureau, Brandenburgische Straße 1, 1. Treppe, Zimmer 9, abzugeben oder dorthin einzulassen.
Für die Adresse sind am besten die im Buchhandel käuflichen Weihnachtskarten zu verwenden. Es sind die in der Presse veröffentlichten Bestimmungen und Beispiele für die „Verlesung der Weihnachtskarte“ sorgfältig zu beachten. Auf der Rückseite der Karte sind Namen, Stand und Wohnung des Einlesers (Angehörigen) anzugeben.
Unrichtige oder unvollständige Adressen können keine Berücksichtigung finden. 217/12
Berlin-Wilmersdorf, den 18. November 1914.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Am der Zeit vom 23. bis 30. d. Mts. werden von uns Weihnachtspakete an die im Felde stehenden Mitglieder, soweit deren Angehörige Kriegsunterstützung beziehen, abgehandelt werden.
Soweit die Absicht besteht, für diese direkten Pakete Wollwäcker, Seife, unverderbliche Lebensmittel, Tabak usw. als Beigabe zu spenden, bitten wir um Abgabe der Sachen in unserem Bureau, Brandenburgische Straße 1, 1. Treppe, Zimmer 9, bis spätestens zum 24. d. Mts. 274/13
Berlin-Wilmersdorf, den 18. November 1914.
Der Magistrat.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin C 51, Sophienstr. 6.
Einladung
zu der am Montag, den 30. November 1914, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zaal 3), Berlin, Engländer 15, stattfindenden **ordentlichen Ausschusssitzung** der Vertreter der Arbeitgeber und der Kassemitglieder.
Tagesordnung:
1. Festsetzung und Beschlußfassung über den dem Versicherungsamt einzureichenden Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1915.
2. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1914, gemäß § 91 der Kassensatzung.
3. Aenderung des § 23 der Kassensatzung.
4. Bericht über beigemessene Veranlassungen, welche dem Interesse und zur Aufklärung der Organe der Kasse dienen, sowie Bericht über die Abwicklung von Beiträgen.
5. Verschiedene Mitteilungen. 490/6
Berlin, den 20. November 1914.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
H. Tachne, Vorsitzender. R. Freund, Schriftführer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Montag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12:
Branchen-Versammlung der Modell- und Fabriktschler
Tagesordnung:
1. Vortrag: Die Aufgaben der Gewerkschaften während der Kriegszeit. Referent: Kollege H. Pevold. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verhandlung und Branchenangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Kommission.

Jalousiearbeiter.
Mittwoch, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Webersstraße 17:
Branchen-Versammlung aller in der Jalousiefabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
93/15* **Der Obmann.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!
Sonntag, den 22. November 1914, vorm. 10 Uhr:
Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engländer 15.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Borchardt.
2. Diskussion.
3. Allgemeine Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 22. November 1914, vorm. 10 Uhr:
Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhlmonteure und Helfer
im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschick über: „Der Krieg und die Gewerkschaften“.
2. Diskussion.
3. Jahresbericht und Neuwahl der Kommission.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt Pflicht.
Metallarbeiter-Notizkalender 1915
Stück 60 Pf., sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.
128/1
Die Ortsverwaltung.

Erweiterung der Kriegsfürsorge.

Dem Reichsamt des Innern ist eine Eingabe zugegangen, in der folgende Vorschläge gemacht werden:

- 1. Neuregelung der Höchstpreise in den Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober 1914 sowie Ausdehnung der Höchstpreise auf das aus ihnen hergestellte Mehl und Brot im Groß- und Kleinhandel.
2. Schnellige Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln und Kartoffelmehl im Groß- und Kleinhandel.
3. Stärkere Heranziehung des Hafers und der Gerste zur menschlichen Ernährung; Einschränkung der Verwendung der Gerste für Brauereizwecke...
4. Herabsetzung des Höchstpreises für Rohzucker und Raffinade unter Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbots...
5. Je nach dem Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember Minderung der Viehbestände zur Streckung der Futtermittelvorräte...
6. Hebernahme der für die Volksernährung notwendigen Vorräte.
7. Uebertragung der Aufgabe der Lebensmittelversorgung an eine Zentrale beim Reichsamt des Innern...
8. Anpassung der Reichsunterstützungssätze für Kriegsteilnehmer an die Preisfestsetzungen der Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober 1914.

Begründung

heben wir folgendes hervor:

Durch die Festsetzung von Höchstpreisen in den Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober 1914 kommt zum Ausdruck, daß die Reichsregierung von der Sorge geleitet ist, es könnten bei längerer Dauer des Krieges die im Lande vorhandenen Vorräte für die Ernährung nicht genügen. Die Bestimmungen reichen jedoch in keiner Weise aus, diese Versorgung sicherzustellen. Die festgesetzten Höchstpreise gelten nur für das Getreide und für den Großhandel. Selbst für diesen gewährleisten sie jedoch nicht den Ausgleich zwischen den einzelnen Landesteilen. Sie geben auch keinerlei Gewähr für die Preise, die von den Verbrauchern für Mehl und Brot zu bezahlen sind. Zu hohe Preise lassen befürchten, daß der Verbrauch von den breiten Schichten der Bevölkerung mehr eingeschränkt wird, als es nach gesundheitlichen Grundrätzen wünschenswert ist. Sie versagen auch gegenüber der bemittelten Bevölkerung, die imstande ist, die gesteigerten Lasten der Lebensmittelversorgung ohne Einschränkung des Konsums zu tragen. Sie drücken außerdem die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung für Industrieprodukte herab, vermindern also den Industriearbeitslohn und bedeuten damit auch vermehrten Aufwand für Unterstützungen. Sie beeinträchtigen den Nahrungsstand der wehrfähigen Reserve und können endlich dem Ausland eine irrtümliche Meinung über die Ungünstigkeit der deutschen Getreidevorräte nahelegen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer besseren Ausgleichung und Anpassung des Konsums an die vorhandenen Lebensmittelvorräte. Diese kann nur erreicht werden durch die Einschränkung der Verfügungsfreiheit des einzelnen. In diesem Eingreifen sind nur die öffentlichen Körperschaften befähigt. Reich bzw. Bundesstaaten müssen die notwendigen Vorräte übernehmen, jedem Verwaltungsgebiet die notwendigen Mengen an Nahrungsmitteln zuweisen und durch Gemeinden und Genossenschaften innerhalb jedes Bezirks für Verteilung an die Bevölkerung sorgen. Damit erst fallen die schlimmsten Nachteile hoher Höchstpreise weg und das Ausland wird erkennen, daß sich Deutschland in der Organisation seiner Wirtschaft auf alle Fälle eingerichtet hat.

Unterzeichnet ist die Eingabe von: Prof. Dr. Brentano-München, Bergmann-Röln, Verband der christlichen Gewerkschaften, Dr. Adolf Braun-Nürnberg, Redakteur Prof. Dr. Dorn-Nürnberg, Dr. E. Heim-Regensburg, Prof. Dr. Jaffe-München, Dr. Lederer-Heidelberg, Landtagsabgeordneter Dr. Lindemann-Stuttgart, Fabrikant Dr. Morgenstern-Fürth, Reichstagsabgeordneter Dr. Quard-Frankfurt a. M., Magistratsrat Ed. Schmid-München, Reichstagsabgeordneter Simon-Nürnberg, Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum-Zehlendorf, Prof. Dr. Singheimer-München.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 80 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Alexander; 4. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Augusta; 5. Garde-Reg.; Garde-Jäger-Bat.; Gren.-Reg. Nr. 2; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 5; Gren.-Reg. Nr. 6; Inf.-Inf.-Regiment Nr. 10, 11; Inf.-u. Ref.-Reg. Nr. 16; Inf.-Inf.-Reg. Nr. 17; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 17, 19; Inf.-u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 24; Ref.-u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 25; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 26; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 27, 29, 30; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 31; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 32; Inf.-Reg. Nr. 33; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 34; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 35; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 36, 38; Inf.-Regiment Nr. 39, 40; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 41; Inf.-Regiment Nr. 42, 43, 44, 46, 47, 48; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 49; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-u. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 52, 55; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 56; Inf.-Regiment Nr. 57, 58; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 59; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 60; Inf.-Reg. Nr. 61, 63; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 65, 67; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 68; Inf.-Reg. Nr. 70; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 70, 71; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 72; Inf.-Reg. Nr. 73; Inf.-Reg. Nr. 76; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 77; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 78; Inf.-Reg. Nr. 79; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 80; Inf.-Reg. Nr. 81; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 81, 83; Inf.-Regiment Nr. 84, 85, 87; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 87; Gren.-Inf.-Reg. Nr. 89; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 90; Inf.-u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 93; Inf.-Regiment Nr. 94, 96; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 99; Gren.-Regiment Nr. 100, 110; Inf.-Regiment Nr. 112, 114, 115, 116, 117, 118, 131, 132, 136, 140, 141, 145, 150, 151, 153, 157, 169, 171, 178, 179; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 230, 240.

- Jäger-Bat. Nr. 8; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 8, 9, 10; Fest.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 1; Fest.-Maschinengewehr-Form. 4, Abt. 1 der Div. Bredow; Fest.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 8.
2. Garde-Dr.-Reg.; Schwere Ref.-Reiter-Reg. Nr. 1, 2; Kür.-Regiment Nr. 2, 4, 7; Drag.-Reg. Nr. 15; Inf.-Reg. Nr. 2, 3, 8, 12, 13; Manen-Reg. Nr. 2, Erf.-Esk., siehe Erf.-Kav.-Reg. der 4. Landw.-Div.; Manen-Reg. Nr. 13; Jäger zu Pferde-Reg. Nr. 1, 3, 4, 7; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 11, siehe Erf.-Kav.-Reg. der 4. Landw.-Div.; Manen-Reg. Nr. 13; Jäger zu Pferde-Reg. der 4. Landw.-Div.; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 44, 46; Kav.-Esk. der 4. Erf.-Div.
3. u. 6. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Reg. Nr. 5; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 7, 9; Feldart.-Reg. Nr. 14; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 25; Feldart.-Reg. Nr. 33.
Fühart.-Regiment Nr. 3, 8.
Garde-Pion.-Bat.; Pion.-Bat. Nr. 3; 1. Pion.-Bat. Nr. 3 u. 4; 2. Pion.-Bat. Nr. 4; Pion.-Ers.-Bat. Nr. 4; 1. Pion.-Bat. Nr. 6; Pion.-Bat. Nr. 8; 2. Pion.-Bat. Nr. 9; Pion.-Bat. Nr. 10; 1. Pion.-Bat. Nr. 17; Jäger-Reg. Nr. 18; 1. Pion.-Bat. Nr. 21; Pion.-Bat. Nr. 26; 1. Pion.-Bat. Nr. 27; Ref.-Pion.-Komp. Nr. 44, 45.
Eisenbahn-Panloomp. Nr. 11; Armeetelegr.-Abt. Nr. 4 der 4. Armee; Fernspr.-Abt. Nr. 5, 6. Armeekorps; Fernspr.-Abt. der Div. Bredow.
Ref.-Mun.-Kol.-Abt. Nr. 14 des 7. Ref.-Korps; Ref.-Art.-Mun.-Kol. Nr. 23 des 7. Ref.-Korps.
San.-Komp. Nr. 1 des Garde-Ref.-Korps und des 7. Armeekorps; Ref.-San.-Komp. Nr. 52 des 28. Armeekorps; Fest.-San.-Komp. Nr. 2 der Div. Bredow; 1. Kriegs-lazarett-Abt. des 11. Armeekorps; Feldlazarett Nr. 8 des 11. Armeekorps.
Korps-Präsidenten 4. III. Ref.-Korps; Landw.-Führer-Kol. Nr. 4 des 5. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 54 bringt Verluste des 2. Inf.- u. Ref.-Inf.-Reg.; der Fernspr.-Abt. Nr. 1, 2, u. 3; der Ref.-Fernspr.-Abt. Nr. 1 und der leichten Funkstation Nr. 2. Die sächsische Verlustliste Nr. 58 enthält Verluste des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 63; des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 101; des Inf.- u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 102; Inf.- u. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 103; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 104; der Inf.-Reg. Nr. 134, 181; der Ref.-Inf.-Reg. Nr. 243, 245; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 25; Karabiner-Reg. Borna; Inf.-Reg. Nr. 18, 19; Ref.-Inf.-Reg.; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 53; Feldart.-Reg. Nr. 32; Erf.-Abt. des Feldart.-Reg. Nr. 32; Feldart.-Reg. Nr. 48; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 53; Feldart.-Reg. Nr. 77, 78; Fühart.-Reg. Nr. 19; Schwere Ref.-Feldhaubigen-Batt. Nr. 27; 1. Pion.-Bat. Nr. 12; 2. Pion.-Bat. Nr. 22; 2. Pion.-Bat. Nr. 22; Ref.-Pion.-Komp. Nr. 53 u. 54; Ref.-Art.-Mun.-Kol. Nr. 74; San.-Komp. Nr. 1 und der Prov.-Kol. Nr. 6, 19. Armeekorps. Die württembergische Verlustliste Nr. 60 bringt Verluste der 58. Inf.-Brig.; des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 53; des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; der Inf.-Reg. Nr. 125, 180; Feldart.-Reg. Nr. 65 und der 1. Mun.-Kol.-Abt.

Stadtverordnetenversammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 19. November 1914, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Verstorben ist der Stadtv. Kiemer (A. L.); sein Andenken ehrt die Versammlung durch Erheben von den Sigen.

In der Ausschusssitzung ist die Vorlage wegen Gewährung eines städtischen Zuschusses bis zu 12000 M. monatlich an das „Kreuz“ zur Speisung Bedürftiger in Berlin mit der Maßgabe zur Genehmigung empfohlen worden, daß der Magistrat dafür Sorge trägt, daß 1. die Kontrolle der Teilnehmer in sicherer Weise gehandhabt, 2. der Nährwert der Speisen in ausreichendem Maße gewährleistet wird. Den Bericht erstattet Stadtv. Liebenow (A. L.). Die Versammlung tritt ohne Debatte den Ausschusssanträgen bei.

Der Ausschuss für die Vorlage wegen Bewilligung von 125 000 Mark zur Anschaffung von

Weihnachtsliebesgaben für die Berliner Truppen

hat am Montagabend unter dem Vorsitz des Stadtv. Mohler (A. L.) beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, den dem „Nationalen Frauendienst“ für diesen Zweck zuzuwendenden Betrag von 25 000 auf 50 000 M. zu erhöhen. Es sollen also insgesamt 150 000 M. bewilligt und ferner außer der Garde und denjenigen Truppen, die als Reserve-Landwehr usw. aus Berlin zu den Fahnen anderer Regimenter geschickt sind, auch noch die anderen in Berlin garnisontierenden und von Berlinern gebildeten Truppenteile bei der Verteilung der Liebesgaben berücksichtigt werden. Ueber die Summe von 100 000 M. soll das Generalkommando des Gardekorps verfügen; ihr treten 100 000 M. hinzu, die die Landesversicherungsanstalt Berlin für den gleichen Zweck zur Verfügung stellt, außerdem 50 000 M. aus freiwilligen Spenden — Die 50 000 M. sollen durch den „Nationalen Frauendienst“ in Gestalt von Einzelsendungen im Werte von zirka 4 M. auf Antrag denjenigen im Felde stehenden Berlinern zuquale kommen, deren Familienangehörige in Berlin unterstützt werden.

Die Ausschusssanträge werden ohne Diskussion zum Beschluß erhoben.

Der Vorentwurf zum Neubau einer Badeanstalt mit Säuglingsfürsorge und Armenamt in der Bremer Straße 22 wird auf Antrag Zubeil (Soz.) einem Ausschuss überwiesen.

Die von der Versammlung am 29. Oktober gegebene Anregung einer angemessenen Erhöhung der an die Familien von Kriegsteilnehmern gewährten besonderen

Mietbeihilfen

hat beim Magistrat in folgendem Umfange Entgegenkommen gefunden:

Es sollen vom 1. November ab monatlich erhalten können 1. Frauen ohne Kinder bis zu 15 (bisher 10), Frauen mit einem Kinde bis zu 12,50 (bisher 7,50), Frauen mit 2 Kindern bis zu 10 (bisher 5) M. Ferner sollen auch Frauen mit 3 Kindern solche Mietbeihilfen bis zu 7,50, Frauen mit 4 Kindern bis zu 5 M. erhalten können. Nach wie vor soll ein angemessenes Entgegenkommen der Vermieter Voraussetzung für die Gewährung der städtischen Beihilfen sein. Bei Frauen mit mehr als vier Kindern soll eine Mietbeihilfe nur ganz ausnahmsweise gewährt werden. Verwandte die mit einem unterbezahlten Einberufenen einen gemeinschaftlichen Haushalt geführt haben, können Beihilfen wie alleinstehende Frauen erhalten. Die Beihilfen sollen grundsätzlich nicht an die Mieter, sondern an die Vermieter gezahlt werden. Die unmittelbare Zahlung eines Teiles des städtischen Zuschusses an den Vermieter ist nach der Erhöhung der Beihilfen in dem bisherigen Umfange nicht aufrechtzuerhalten und soll in Zukunft nur stattfinden bei Frauen mit vier Kindern mit höchstens 10, bei Frauen mit fünf Kindern mit höchstens 15, bei Frauen mit mehr als fünf Kindern mit höchstens 20 M. monatlich; die Zahlung darf wie bisher nie mehr als die halbe Monatsmiete betragen. Es werden von der direkten Zahlung nur noch 5 Proz. der Kriegereinfamilien betroffen werden. Auch die unmittelbare Zahlung darf nur erfolgen, wenn der Vermieter sich zu einem Nachlaß an der Miete versteht. Das monatliche Erfordernis für die Mietbeihilfen schätzt der Magistrat auf 500 000 M. Wegen Ausdehnung der Zahlung von Mietbeihilfen über den Kreis der Angehörigen der Feldzugehörigen hinaus wird eine besondere Vorlage angekündigt. (Die darüber vom Magistrat mit

der Landesversicherungsanstalt gepflogenen Verhandlungen sind inzwischen zum Abschluß gelangt.)

Überbürgermeister Vermuth: Die Mietbeihilfungsämter sind von heute an eingerichtet und werden ungefümt ihre Tätigkeit beginnen. Die heutige Vorlage bewirkt eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Mietbeihilfen. Der städtischen Hauptkasse wird dadurch monatlich eine Mehrausgabe von zirka 647 000 M. erwachsen, 288 000 M. mehr gegenüber den bisher aus Sammelfonds gezahlten Beträgen. Da wir jetzt aber schon über 70 000 Familien zu unterstützen haben, wird sich diese Summe noch etwas höher stellen. Die bisherigen Unvollkommenheiten in der Mietunterstützung werden durch die Vorlage ausgeglichen. Auch unter Berücksichtigung wegen Ausdehnung der Unterstützung über den Kreis der Kriegsteilnehmerfamilien hinaus werden wir einlösen; in kürzester Zeit wird Ihnen eine entsprechende Vorlage zugehen. Das ganze Vorhaben ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Der Gedanke muß festgehalten werden, daß in jetziger Zeit die Gemeinde der unmittelbaren und dringenden Not des einzelnen sich in ganz besonderer Weise hilflos erweisen darf, daß sie aber, solange der Krieg dauert, einen Vermögensausgleich zwischen den verschiedenen Erwerbskreisen und Vermögern vorzunehmen weder befähigt noch befugt ist. Man kann vielleicht beklagen, daß in dieser großen Zeit, wo alles sich nach außen gegen den Feind sammelt, Anklänge eines Interessengegensatzes laut geworden sind; möglicherweise haben sie auch Gutes gestiftet — aber jetzt werden sie, so hoffen wir, verstummen. Auch auf diesem Gebiete müssen die Anforderungen der Allgemeinheit Sieger bleiben. Die Stadtgemeinde Berlin ist des festen Willens, auf diesem Wege ihren Bürgern voranzugehen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Anauer (A. L.): Es ist zweifellos, daß auch diese Vorlage nicht die letzte ihrer Art sein kann, um der eingetretenen Notlage zu steuern. Die Bedürfnisfrage wird durch die Vorlage keineswegs ausreichend gelöst. Auch jetzt wird die Forderung beibehalten, daß der Hauswirt einen Nachlaß gewähren soll, ein Verlangen, das zu großen Mißständen geführt hat. Die Mieter haben in zahllosen Fällen, auch wenn die Miete voll hätte gezahlt werden können, ein solches Entgegenkommen des Vermieters verlangt. Das Ziel, die Kriegsteilnehmerfamilien von den Mietschulden zu befreien, wird ferner keineswegs erreicht, da die Gewähr nur bis zu 50 Proz. gegeben wird, die Hauswirte allein aber den Ausfall nicht tragen können. Der Staat müßte hier helfend eintreten; aber für eine Organisation in dieser Richtung ist bisher nichts geschehen.

Stadtv. Gassel: Ich kann nur bedauern, daß, wenn der Magistrat nach so vielen Schwierigkeiten und so großen Bemühungen sich zu einer so entgegenkommenden Vorlage entschlossen hat, davon eine solche Kritik geübt wird. (Lebhafte Zustimmung; vereinzelter Widerspruch.) Wenn wir alle uns mit so großer Energie bemühen, dieses Resultat zu erreichen, kann eine solche Kritik keine Freude machen. (Wiederholte Zustimmung.) Die jetzt zu gewählende Unterstützung ist sehr ausreichend; sie soll auf allgemeine Kosten geschehen und legt den Steuerzahlern viele Millionen auf. Die Frau mit drei Kindern bekam bisher gar keine Mietsunterstützung; jetzt soll sie 7,50 M. erhalten, hinzu zu den 60 M., die sie an Reichs- und städtischer Unterstützung erhält. In diesem Zusammenhang betrachtet, stellt sich das Bild jedoch anders und dann darf man diese 7,50 M. nicht so wegwerfend behandeln, wie es Herr Anauer tut. Der Effekt der Vorlage wird zwischen 8 und 10 Millionen Mark betragen. Daß die analoge Vorlage für die Erwerbslosen baldigt an uns kommen möge, wünschen auch wir. Alle Mieten auf städtische Kosten zu übernehmen ist unmöglich; auch die in Aussicht gestellte Staatsunterstützung wird sich dieses Ziel nicht sehen. Die in dieser Beziehung lancierten Projekte entbehren jeder diskutablen Grundlage. Daß ein Nachlaß seitens des Vermieters in allen Fällen gewährt werden muß, könnte man immerhin aus der Begründung herauslesen; der Magistrat sollte diesen Zweifel durch eine Richtigeinstellung beseitigen.

Stadtv. Leib (Soz.): Wie stimmen der Vorlage zu, wenn wir auch Bedenken haben, die freilich mehr auf dem Gebiete der Ausführung liegen. Nach wie vor können wir einen Abzug von der Unterstützung nicht billigen; ein solcher Abzug soll aber auch ferner zulässig sein. Ganz erheblich wird, das erkennen wir an, der heutige Zustand durch die Vorlage verbessert, wenn die neuen Sätze nicht auf dem Papier stehen bleiben. Die vom Überbürgermeister gegebenen Ziffern werden ja nur im Höchstfalle erreicht werden. In vielen Kommissionen ist es Praxis, Mietbeihilfen nur zu gewähren an Familien, die unterstützt werden, und auch dann nur auf Antrag; andere Kommissionen verfahren umgekehrt. Einheitlichkeit besteht also hier nicht. Die Frage der Mietbeihilfen kann auch nicht für sich allein, ohne Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer, betrachtet werden. Viele Frauen, auch solche ohne Kinder, können sich nicht mit 18 oder 30 M. durchschlagen, sie müssen Arbeit suchen; finden sie solche, dann ist ihnen vielfach die Unterstützung entzogen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das können wir absolut nicht gutheißen. Die so betroffenen Frauen leiden ja noch ganz besonders unter der Mietsnot, denn da kummert sich kein Bezirksvorsteher um Erwirkung eines Weihnachtsbesuches, diese Frauen müssen die Miete voll bezahlen. Auch für sie sollten also entweder Mietbeihilfen oder, was ich für richtiger halte, Kriegsteilnehmer gezahlt werden. Bei den Familien mit fünf und mehr Kindern, die doch gerade im Winter für warme Kleidung, Saube usw. viel aufwenden müssen, sollte man wenigstens mit der Extratraktierung nicht sparen; tatsächlich aber gehen da einzelne Kommissionen sehr schroff vor, indem sie entgegen dem Gesetz private Zuwendungen zum Arbeitgeber usw. in Rechnung stellen und entgegen dem Ministerialerlaß über die Unteilbarkeit der Unterstützungen Abzüge machen. Der Kriegszweck kann gar nicht empfindlicher geschädigt werden als durch solche kleinliche Vermögensfucherei. (Der Vorsitzende ersucht den Redner, sich zu mägen.) Ich muß doch ausdrücken können, was ich für richtig halte. In der Kriegskommission, der ich angehöre, haben alle Mitglieder die größte Liberalität in bezug auf das Unterstützungswesen befundet; ich wünsche, daß diese Andauer auch in den 23 Kommissionen durchgreift. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die entsprechende Vorlage für die Arbeitslosen dürfen wir ja nach der bündigen Erklärung des Überbürgermeisters baldigt erwarten.

Stadtv. Iden (A. L.) tritt auf die Seite des Stadtv. Dr. Anauer und verweist eingehend bei den Sonderfällen, die dem Hausbesitzer überhaupt und zumal jetzt auferlegt seien. Der Hausbesitz sei mit anderen Geschäftszweigen deshalb nicht zu vergleichen. Er müsse z. B. die ganze Kanalisation allein bezahlen. Man solle die Amortisationsrate für die Kriegefelder herabsetzen. Eine weitere Vorlage müsse und werde der heutiger folgen.

Stadtrat Franz: Es wird auch auf die Lage des einzelnen Vermieters Rücksicht genommen werden. Die vom Stadtv. Leib gerügte Ungleichmäßigkeit wird gerade durch die Praxis an der Hand der neuen Bestimmungen beseitigt werden.

Stadtv. Ludwig (A. L.) hält dafür, daß auch die Mietunterstützung nach den bisherigen Sätzen schon reichen Segen gestiftet habe; die Vorlage komme allen irgendetwas berechtigten Ansprüchen entgegen. Man dürfe die Frage nicht einseitig vom Hausbesitzerstandpunkte beurteilen; es handle sich doch um eine Erleichterung der Kriegsteilnehmer.

Stadtv. Dr. Anauer protestiert gegen den Vorwurf der Einseitigkeit, den ihm Gassel gemacht hat und verbittet sich aufs entschiedenste die Kritik, die in dem Worte „wegwerfend“ liege.

Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.): Es handelt sich bei der Vorlage um einen Ausgleich gegenüber den bisherigen unzureichenden Mietbeihilfen an die Familien der Kriegsteilnehmer. Würden die Herren Anauer und Iden mit dem gleichen Feuer für die Erhöhung intreten, wenn nicht das Hausbesitzerinteresse in Frage käme? (Sehr gut!)

Stadts. Gaffel tritt den einseitigen Ausführungen der Kollegen anauer und Jden nochmals entgegen und verurteilt scharf den Nichts-als-Hausbesitzerstandpunkt; er findet dabei nochmalige Unterstützung beim Stadts. Rommelen, während die Angegriffenen erneut und teilweise mit Erregung auf ihren Ausführungen beharren.

Die Vorlage wird darauf fast einstimmig angenommen. Nachdem noch eine Vorlage wegen Gewährung einer Krüggzulage für die Kurgie in den städtischen Lazarettten angenommen und auf Antrag Dr. Wenl (Soz.) auch auf die weiblichen Hilfskräfte ausgedehnt worden ist, schließt die öffentliche Sitzung um 1/2 11 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Mietbeihilfen in Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern die Magistratsvorlage, die den Kriegerfamilien eine reichlichere Mietbeihilfe gewähren will, angenommen. Der Magistrat entspricht mit der Erhöhung dieser Beihilfe einem vor drei Wochen gefassten Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, der durch den bekannten, auf Vnderung des Notstandes der Wohnungsmieter abzielenden Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten veranlaßt worden war. Vorerst hat der Magistrat nur die Kriegerfamilien berücksichtigt, doch stellte Oberbürgermeister Wermuth eine weitere, baldigst zu erwartende Vorlage in Aussicht, die über diesen Kreis hinausgreifen werde. Daß auch Arbeitslosen und kleinen Gewerbetreibenden in ihrer durch den Krieg hervorgerufenen Bedrängnis die Wohnungsmöglichkeit gesichert werden muß, war von vornherein die Meinung unserer Genossen, als sie jenen Antrag stellten. Gestern erklärte die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Leid ihre Zustimmung zu der als Abschlagszahlung zu betrachtenden Magistratsvorlage. Unser Redner knüpfte daran eine scharfe Kritik der Praxis, die bei der Bewilligung der Kriegsunterstützungen in manchen Unterstützungscommissionen leider noch üblich sei, und sprach die Hoffnung aus, daß fortan über die Kriegsunterstützungen und auch über die Mietbeihilfen mit möglichster Weitherzigkeit entschieden werden möge. Aufsehen erregte der Eifer, mit dem die Hausbesitzer ihre besonderen Klagen und Wünsche vorbrachten. Auch ihre freisinnigen Freunde empfanden das als peinlich und wiesen es zurück.

Ein Grundfehler bei der Schulspfegung in Berlin ist die Mithilfe der Armenpflege. Zwar soll, wie schon vor Jahren ein Stadtverordnetensbeschlusse forderte, die Gewährung freier Essens nicht als Armenunterstützung gelten. Leider übertrug aber der Magistrat die Recherche den Armencommissionen — und trotz allen Protesten ist es bis auf den heutigen Tag dabei geblieben. Auch die von den Eltern zu unterschreibende Erklärung, daß sie mit der Bedingung einer eventuellen Rückerstattung der Kosten einverstanden sind, wird immer noch als nötig angesehen. Im „Vorwärts“ wurde erst kürzlich wieder — in Nr. 304 — die Unhaltbarkeit dieses Zustandes gezeugt und eingehend dargelegt, daß die Schulspfegung eine Angelegenheit nicht der Armenpflege, sondern nur der Schule sein kann. Wir wissen, daß Eltern auf Beteiligung ihrer Kinder an der Schulspfegung verzichten, entweder weil die Verzehrung mit den Armencommissionen ihnen peinlich war oder weil sie die Verpflichtung zur Kostenerstattung nicht übernehmen zu können meinen. Aus der neuesten Zeit wird uns mitgeteilt, daß eine Kriegerfrau, nachdem das älteste ihrer fünf Kinder bereits Boden hindurch an der Schulspfegung teilgenommen hatte, infolge der Recherche des Armencommissionensvorsitzers auf weitere Speisung verzichtete, um der vermeintlichen Rückerstattungs-pflicht zu entgehen. Im Hinblick auf den gegenwärtigen, durch den Krieg verursachten Notstand, der — wie in Nr. 304 nachgewiesen ist — zu einer raschen und ganz außerordentlichen Steigerung der Inanspruchnahme der Schulspfegung geführt hat, müssen wir dringender als je fordern, daß diesen Mängeln abgeholfen wird. Ob ein Kind bedürftig ist oder nicht, wird meist schon in der Schule erkennbar sein, wo aber etwa doch noch eine Recherche nötig scheint, kann die Schule sie ausführen. Mit der Rückerstattungs-pflicht nimmt man es zwar bei weitem nicht so streng wie es manche Eltern fürchten mögen, und die Erklärung spricht ja auch nur von dem Rückhalt der Kosteneinzahlung für den Fall, daß die Eltern zur Rückerstattung in der Lage sind. Aber wenn die Schulspfegung ihren Zweck erfüllen soll, so muß alles, was als Hindernis wirken könnte, beseitigt werden. Im übrigen empfehlen wir bedürftigen Eltern und vornehmlich Kriegerfrauen, auch jetzt sich durch nichts von der notgedrungenen Inanspruchnahme der Schulspfegung abschrecken zu lassen.

Der Berliner Stadtverordnete Karl Niemer ist gestern nacht infolge einer Lungenentzündung im Alter von 72 Jahren gestorben. Niemer vertrat seit 24 Jahren den 1. Gemeindevahlbezirk in der 2. Abteilung; er war Mitglied mehrerer Deputationen und Ausschüsse. Um die Wunden hat sich der Verstorbene ganz besonders verdient gemacht. Im Stillen hat er Tausende für sie gesammelt, um namentlich zu Weihnachten eine Freude zu bereiten.

Die Armenküchen, die in Berlin seit vielen Jahrzehnten als ständige Einrichtung zur Vinderung winterlicher Not bestehen, werden nächstens wieder ihren Betrieb aufnehmen. Der letzte Winter brachte ihnen eine so bedeutende Steigerung der Inanspruchnahme, daß die Gesamtzahl der ausgegebenen Mittagsportionen eine bisher noch nicht dagewesene Höhe erreichte. Verteilt wurden im Winter 1912/13 521 325 Portionen, dagegen im Winter 1913/14 781 141 Portionen, das macht für den letzten Winter ein Mehr von 259 816 Portionen oder rund 50 Prozent. Die durchschnittliche Tagesziffer war im vorletzten Winter 5774 Portionen, im letzten Winter aber 6456 Portionen, und die überhaupt höchste Ziffer hatte diesmal der 22. Januar mit 8581 Portionen. Der jetzt erscheinende Jahresbericht der Armendirection sagt zu dieser ganz außerordentlich starken Nachfrage nach Speisen aus den Armenküchen, daß sie „offenbar infolge der auf immer weitere Schichten der Bevölkerung sich erstreckenden Arbeitslosigkeit“ so gestiegen sei. Die Stadt hatte im Etat als Beitrag zu den Kosten der Armenküchen 55 000 M. bereitgestellt, es mußten aber noch 32 000 M. nachbewilligt werden, so daß sich der Gesamtzuschuß der Stadt auf 87 000 M. belief.

Eisenbahners Tod. Ein Opfer der Glätte wurde am Vuytag der 20 Jahre alte Rangierer Hermann Liedtke aus der Pottenloferstraße 18. Er war auf dem Eisenbahnkörper des Zentralviaduktos tätig. Beim Verdrücken von Güterwagen auf dem Gleis 4 glitt er von einem glatten Trittbrett ab und fiel so unglücklich hin, daß er der Länge nach auf eine Schiene zu liegen kam, so daß die Räder ihm über den ganzen Körper hinweggingen. Der Unglückliche war sofort tot. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaujaufe gebracht.

Zusammenkunft ostpreussischer Flüchtlinge.

Nichts trübt besser Menschen zusammen wie gemeinsame Not. Dies zeigt sich auch bei den aus Ostpreußen Vertriebenen, die sich in Berlin viele Tausende befinden. Gleichwohl, in welchem Stadtviertel der Reichshauptstadt sie auch wohnen mögen, treffen sie sich im kleineren oder größeren Kreis allwöchentlich ein- oder mehrere Male. In besonders großer Anzahl fanden sich die Flüchtlinge am Dienstag in der „Neuen Philharmonie“ ein. Natürlich konnte der große Saal nur den kleinsten Teil der Ankommenen fassen, Tausende mußten umbleiben. Es galt, den Ärmsten, die in Hunger und Bangen, in feilscher und materieller Not hiezu weilen, mit Not und Tat entgegenzukommen, die in Herzensnöten Befindlichen zu trösten, den fragenden Auskunft zu erteilen, soweit es die Leitung der Hilfsaktion vermag. Hier konnte man erst den eigentlichen Umfang der Flucht erkennen. Greise und Greifinnen, die sich kaum auf den Füßen halten können, mußten ihre angekommene Erde verlassen; in jeder Altersstufe sind die Menschen vertreten, bis herab zum Jüngling. Gebrechliche Personen, an Krücken gehend, kann man ebenfalls erblicken; viele von den Flüchtlingen halten tagelang zu Fuß gehen müssen. Ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel entwickelt sich zwischen Versammlung und Leitung. Ob dies oder jenes Dorf, diese oder jene Stadt noch existiert, und ob man zurückkehren könne, wird gefragt, und ob Herr und Frau K. J. noch leben, ob jemand weiß, was aus der Tochter oder dem Sohn von B. geworden ist, ob die Russen noch oder schon wieder in . . . sind, usw. So geht es weiter, Frage auf Frage, Schicksalsfragen, die über Glück oder Unglück entscheiden, deren Beantwortung ein befreiendes Gefühl oder schneidenden Schmerz auslöst.

Unter den freiwilligen Gebern, die für die Ärmsten mit Geld, Cebach usw. einspringen, sind, wie uns mitgeteilt wurde, sehr viele aus der ärmeren Klasse. Die Arbeiterschaft Berlins hat auch hier ihre prächtige Solidarität bewährt, und rührende Beispiele sind vorhanden, wo arme Leute mit herzerquickender Opferwilligkeit zugegriffen haben. So hat eine Arbeiterfrau drei volle Stunden gewartet, um eine Flüchtlingsfamilie mitnehmen und Cebach gewähren zu können. Armut kennt keine Grenzen. Hoffen wir, daß das Interesse für die unglücklichen Ostpreußen noch mehr als bisher, und vor allem in den bestehenden Kreisen, geweckt wird!

Die Sparer in der Kriegszeit.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat auch in dem Monat September, dem zweiten Kriegsmonat, noch ein Mehr an Rückzahlungen gegenüber den Einzahlungen gehabt. Das Verhältnis war aber bedeutend günstiger als im August dieses Jahres und übrigens nicht ungünstiger als im September vorigen Jahres. Der diesjährige August hatte eine Vinderung der Einzahlungen und eine Mehrung der Rückzahlungen gebracht, so daß für den Monat einer Einzahlungssumme von 5 704 467 M. eine Rückzahlungssumme von 10 887 373 M. (d. h. 191 Proz. der Einzahlungssumme) gegenüberstand und der ganz ungewöhnlich hohe Betrag von 5 182 906 M. als Rückzahlungsmehr blieb. Im September wurde dann zwar noch weniger eingezahlt, nur 4 707 221 M., aber stärker noch vergrößert sich die Rückzahlungen, auf 6 156 356 M. (d. h. 131 Proz. der Einzahlungssumme) und das Rückzahlungsmehr betrug daher nur 1 446 135 M. Im September vorigen Jahres wurden eingezahlt 5 384 337 M. und zurückgezahlt 7 037 938 M. (gleichfalls 131 Proz. der Einzahlungssumme), macht ein Rückzahlungsmehr von 1 653 601 M. Hiernach bot der Sparkassenbetrieb schon im September dieses Jahres wieder ziemlich das gleiche Bild wie in demselben Monat des Vorjahres, wenn man die Betrachtung nur auf die Einzahlungs- und Rückzahlungssummen erstreckt.

Berücksichtigen wir aber auch die Häufigkeit der Einzahlungen und Rückzahlungen, so fällt ein Unterschied auf. Im September vorigen Jahres wurde 80 633mal eingezahlt und 54 509mal zurückgezahlt, das ergibt — nach den oben mitgeteilten Einzahlungs- und Rückzahlungssummen — einen Durchschnitt von 88,80 M. pro Einzahlung und 128,97 M. pro Rückzahlung. Dagegen brachte der diesjährige September nur 29 548 Einzahlungen und 52 746 Rückzahlungen, der Durchschnitt aber war pro Einzahlung 157,71 M. und pro Rückzahlung 118,72 M. Noch mehr fiel diesmal der Monat August durch die ganz außerordentliche Höhe des Einzahlungsdurchschnittes auf. Der Monat hatte im vorigen Jahre 59 088 Einzahlungen und 50 882 Rückzahlungen, in diesem Jahre nur 15 807 Einzahlungen, aber 96 372 Rückzahlungen. Durchschnittlich wurden im vorjährigen August 90,85 M. eingezahlt und 117,20 M. zurückgezahlt, im diesjährigen dagegen 368,84 M. eingezahlt und 112,97 M. zurückgezahlt. Noch im Juli dieses Jahres waren 70 087 Einzahlungen gebucht worden, aber ihr Durchschnittsbetrag stellte sich auf nur 124,57 M. Nach Ausbruch des Krieges sank bei den Einzahlungen die Augustziffer mit nur 15 897 fast bis auf ein Fünftel der Juliziffer, während der Durchschnittsbetrag mit 353,84 M. auf fast das Dreifache der Juliziffer stieg. Auf der einen Seite besitzeln sich viele kleine Sparer, ihre Rotgroschen abzugeben — auf der anderen Seite üben wohl hauptsächlich Leute mit etwas größerem Portemonnaie die Vorsicht, ihr Geld jetzt der Sparkasse anzuvertrauen.

Die Mieteinigungsämter Berlins.

Im Berliner Rathaus wurden gestern vormittag vom Oberbürgermeister Wermuth die Vorsitzenden und Stellvertreter der 10 Mieteinigungsämter, deren Errichtung bekanntlich von den Gemeindevorständen beschlossen worden ist und die am 21. November ihre Tätigkeit aufnehmen werden, begrüßt und in ihr Amt eingeführt.

Zu Vorsitzenden und Stellvertretern sind bestellt worden: Justizrat und Stadtverordneter Gahn, Justizrat und Stadtverordneter Galland, Stadtverordneter und Handelsrichter Imberg, Geh. Justizrat Friedmann, Justizrat Breshner, Magistratsrat Lohmeyer, Magistratsrat Collak, Justizrat Heimbach, Justizrat Rosenfeld, Justizrat Schiller, Magistratsrat Le Biseur, Magistratsrat Schönberger, Magistratsrat Dreher, Magistratsrat Dr. Kieß I., Rechtsanwalt B. Zimmermann, Rechtsanwalt Litterscheidt, Rechtsanwalt Dr. Cohn, Rechtsanwalt Fischer und Rechtsanwalt Ruge.

Die Geschäftsräume der Mieteinigungsämter befinden sich: Strausberger Str. 8/9, Riederwallstr. 8/7, Albrechtstr. 20, Lütticher Str. 47/48, Koloniestr. 8, Battstr. 16, Jehdenicker Straße 17, Olivaerstr. 11/16, Köpenicker Str. 2, Stallgreiberstraße 54.

Weihnachtspakete der Stadt Wilmerdorf.

Der Magistrat von Wilmerdorf beabsichtigt, jedem seiner im Felde stehenden Mitbürger, dessen Angehörige Kriegsunterstützung beziehen, ein Weihnachtspaket zu senden. Wie aus der in der heutigen Nummer des Blattes erscheinenden Bekanntmachung hervorgeht, werden die Angehörigen ersucht, die genaue Adresse des im Felde Strebenden bis spätestens 28. d. M. im Liebesgaben-Bureau Berlin-Wilmerdorf, Brandenburgische Str. 1, 1 Trepp, Zimmer 9, abzugeben oder dort hin einzuliefern.

Wer von den Mitbürgern für die direkten Pakete Wollwäse, Seife, unüberderrliche Lebensmittel, Tabak usw. als Beipacke zu spenden beabsichtigt, wird gebeten, die Gaben bis spätestens 24. d. M. in dem vorbezeichneten Bureau abzugeben.

Die Wittenberger Stadtverordnetenwahlen beschäftigen die letzte Generalversammlung des Wahlvereins. Infolge einer nachträglichen Auslösung muß eine andere Verteilung der Kandidaten der dritten Abteilung für die einzelnen Bezirke vorgenommen werden. Diese soll der engeren Bezirksleitung in Gemeinschaft mit der Stadtverordnetenfraktion überlassen werden. Für die Wahlen in der zweiten Abteilung wurden im ersten Bezirk als Nichtangehörer Genosse Nikus und im zweiten Bezirk als Eigentümer Genosse Hedert aufgestellt. Da mit den Bürgerlichen eine Verständigung erzielt wurde, so üben wir das Wahlrecht nur in den Bezirken aus, die schon früher in unserem Besitz waren. In den übrigen Bezirken enthalten wir uns der Abstimmung. Nach Erledigung der geschäftlichen Dinge hielt der Genosse John einen Lichtbildvortrag „Wilder vom Arlege“. Im Beginn der Versammlung wurde den im Felde Gefallenen und dem Genossen Grauer ein Ausruf gewidmet.

Revolverkampf zwischen Einbrecher und Schuhmann.

In der Nacht zum Donnerstag bemerkte der Portier des Hauses Kaiserstraße 203 zu Wilmerdorf im Keller einen Einbrecher. Ein herbeigeholter Schuhmann und der Portier wollten denselben festnehmen. Der Verbrecher widerlegte sich dem und gab aus einem Revolver fünf schießende Schüsse auf die beiden Männer ab. Der Schuhmann zog ebenfalls seine Waffe und mochte ihn beim dritten Schuß kampfunfähig. Bei seiner Verhaftung gab er an, Bildt Pies zu heißen.

Betriebsverhinderung auf der Untergrundbahn Wittenbergplatz-Uhlandstraße. Vom Sonnabend, den 21. d. Mts. ab wird auf der Kurstreckendammlinie (Wittenbergplatz-Uhlandstraße) an Stelle des zurzeit bestehenden Bahnminutenverkehrs eine Zugfolge von fünf Minuten bis auf weiteres wieder eingeführt werden.

Aus Gram über den Tod ihres Verlobten verbrachte gestern die 22-jährige Gertrud Liebert aus der Prager Straße 33 in Wilmerdorf ihrem Leben ein Ende zu machen. Vor einer Woche erhielt das junge Mädchen von Kameraden ihres ins Felde gezogenen Verlobten die Nachricht, daß dieser gefallen sei. Seitdem war die Bedauernswerte schwermütig. Als sie nun gestern in der amtlichen Verlautbarung den Tod ihres Verlobten bestätigt fand und somit auch die letzte Hoffnung schwand, beschloß Fräulein L. ihrem Geliebten in den Tod zu folgen. Sie öffnete in ihrem Schlafzimmer alle Gasbühnen und erwartete auf dem Bette liegend den Tod. Nachbarende, die den Geruch wahrnahmen, benachrichtigten den Hauswirt, der die Korridortür gewaltsam öffnen ließ und einen Arzt benachrichtigte. Diesem gelang es mit Hilfe von Sanitätsmannschaften mittels Sauerstoffapparates die bereits Versinnungslose wieder zum Bewußtsein zu bringen. Der Zustand der Lebensmüden war jedoch so bedenklich, daß die L. nach dem städtischen Krankenhaus in Schöneberg geschafft werden mußte.

Ein eigenartiger Straßenunfall hat sich gestern vormittag am Königplatz ereignet. Der Zeitungshändler Georg Dieberstein hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 13 zur Fahrt benutzt und stand, ein großes Paket zeigend, auf dem Rücken tragend, auf dem Vorderperren. Als dem Straßenbahnwagen in der Kurve Ecke Königplatz und Koonstraße ein Straßenbahnwagen der Anglinie 1 begegnete, stieß letzterer Wagen gegen das über die Plattformbrüstung hinausragende Paket, und Wiederkehr wurde infolge des Anstoßes vom Wagen heruntergerissen. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und Hautabwürgungen und mußte nach der Charité gebracht werden.

Ein Konzert des Philharmonischen Orchesters findet am 28. November, abends 8 Uhr, im „Schultheiß“, Papiensbeide 22-31, statt. Eintritt hierzu sind zum Preise von 30 Pf. bei der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 18, und bei Horst im Plarorenladen, Engelauer 15, zu haben. Der Verkauf in der Gewerkschaftskommission findet vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, außer Sonnabends nachmittags, statt.

Vollständiger Wiederabend. Der von den Gesangsvereinen „Männerchor Cht“ und „Sängerkorps Wedding“ zum 22. November vorgesehene Wiederabend zum Festen einer Weihnachtsfeier für die Kinder der Arbeitslosen Berlins in Obiglos Festhän, Kopenstraße 20, kann laut polizeilicher Verfügung am Totensonntag nicht stattfinden. Das Konzert findet daher am Sonnabend, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr in denselben Sälen statt. Die von den Mitgliedern entnommenen Billets behalten hierzu ihre Gültigkeit.

Verbrannt. Von einem schweren Schicksalsschlage ist die Familie des in der Wusthof-Strasse 13 in Schöneberg wohnenden Schlossers Franz Osbert betroffen worden, der als Sanitätsoldat im Westen im Felde steht. Während der Abwesenheit der Mutter erkrankte der dreijährige Sohn und machte sich mit Streichhölzern zu schaffen. Dabei entzündete sich eines der Hölzer und setzte die Trübseligkeit des Kindes in Brand. Auf die Schmerzensrufe des Knaben eilten Nachbarn herbei, die gewaltsam die Tür öffneten. Hilfe konnten sie aber nicht mehr bringen. Das bedauernswerte Kind war am ganzen Körper furchtbar verbrannt und erlag seinen Verletzungen, ehe noch der herbeigerufene Arzt zur Stelle war.

Vollständiger Wiederabend in Karlsruher-Friedrichsstraße. Billets a 10 Pf. zu dem am Dienstag, den 2. Dezember, in der Aula der höheren Lehranstalt stattfindenden Wiederabend sind in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft sowie bei allen Funktionären zu haben.

Wienandorf. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr, findet der vierte Vollständiger (Wiederabend) in der Aula des Reform-Vereins im Wusthof-Strasse 17 20, statt. Eintrittspreis 10 Pf. Die Frauen der im Felde lebenden Genossen erhalten Freikarten zum Wohlwollen-Verkaufsstellen: Konsumverein; Reichardt, Kollerstraße 34, vom III.; Oberlein, Ringstraße 52, vom I.; Konfirmanden-Gesellschaft, Chausseestraße 305; Fenschke, Chausseestraße 27; Pieper, Bergstraße 35; Demuth, Chausseestraße 39.

Der Musikverein „Einigkeit“ und die Artisten-Vereinigung „Union“ R. d. R. u. S. D. veranstalten am Totensonntag in R. d. R. u. S. D. in Reuthe, Hermannstr. 49, ihr zweites Wohlthätigkeitskonzert, verbunden mit einer Sportvorstellung. Der Ueberblick soll für die arbeitenden Bürger Berlins verwendet werden. Freikarten sind nur bei den Mitgliedern, im Vereinslokal bestellt sowie bei den Kollegen J. Pfeiffer, Herrlichstr. 7, R. Groh, Rühnener Straße, zu haben.

Der Theaterverein Adlerklub veranstaltet am Sonntag, den 22. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Wöllstein eine Wohlthätigkeitsvorstellung. Zur Aufführung gelangt das Volksstück „Epre-Adhener“. Der gesamte Ueberblick wird zur Weihnachtsfeier unserer Kinder verwendet.

Im Zirkus Albert Schumann findet, da am kommenden Totensonntag die Nachmittagsvorstellung ausfällt, morgen Sonnabend, den 21. d. Mts., 3 1/2 Uhr, eine Extra-Nachmittagsvorstellung mit kleinen Preisen statt. Jeder Besucher hat das Recht, ein Kind unter zwölf Jahren frei einzuführen. Die Vorstellung ist speziell für Kinder passend zusammengestellt.

Aus der Partei.

Die internationale Konferenz in Kopenhagen.

Das gemeinsame Komitee der skandinavischen Parteien hat folgendes Rundschreiben „an die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Desterreich, Serbien, Belgien und der Türkei sowie an das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus“ versandt:

„Der jährliche Krieg, der nun schon seit mehr als drei Monaten tobt, hat natürlich auch auf die Mitglieder unserer Parteien einen tiefen Eindruck gemacht und schon seit langem haben wir die Frage aufgeworfen, in welcher Weise dieser entsetzliche Zustand zum Abschluß gebracht werden könnte.

Die Beschlüsse unserer internationalen Kongresse legen der Sozialdemokratie die Pflicht auf einzugreifen, wenn der Krieg ausgedehnt ist, um denselben zu einem schnellen Abschluß zu bringen, aber da das Internationale Sozialistische Bureau gegenwärtig kaum imstande sein dürfte, die nötigen Schritte zu tun, so haben wir die Sache seit längerer Zeit in einem von unseren Partien der skandinavischen Länder eingeleiteten Ausschuss behandelt. Das Resultat ist die Einberufung einer vorläufigen Konferenz von Vertretern aus einer Reihe neutraler Länder. Diese Konferenz wird Sonntag, den 6. und Montag, den 7. Dezember in Kopenhagen stattfinden.

Ein geladen hierzu sind Holland, Norwegen, Schweden und Dänemark. Außerdem sind unsere Bruderparteien in Amerika und der Schweiz als Gäste eingeladen, da von diesen weitergehende Vorschläge, teils betr. Abhaltung eines Kongresses, teils wegen Einberufung einer größeren Konferenz, vorliegen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Konferenz weder mit den Verhältnissen, welche den Kriegsausbruch veranlaßten, noch mit der Stellung der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern hierzu beschäftigen kann. Ihre Aufgabe soll nur sein, eine Grundlage zu finden, auf welcher die Sozialdemokratie eine Aktion für den Frieden einleiten kann.

Die Aufgabe der Konferenz sollte also sein: Die Volkstimmung in den verschiedenen Ländern zu sammeln und zu festigen, damit sie einen solchen Kriegsausbruch fordert, der einen dauernden Frieden gewährleisten soll;

dahin zu streben, daß ein Einigungsversuch gemacht wird auf der Grundlage, daß beim definitiven Friedensschluß keine Grenzveränderungen ohne die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorgenommen werden; Einschränkung des Rüstungswesens; obligatorisches, internationales Schiedsgericht;

Erörterung und Beschlußfassung über eine von den an der Konferenz teilnehmenden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen vorzunehmende Anregung an die Regierungen der betreffenden Länder. Der Zweck dieser Anregung sollte sein, die Regierungen zu ersuchen, die Möglichkeit einer Initiative für den Abschluß des Krieges zu erwägen, und zwar event. durch gemeinschaftliches Auftreten der Regierungen mehrerer neutraler Staaten.

Ferner liegen folgende Punkte vor zur Behandlung auf der Konferenz:

Ein Vorschlag aus der Schweiz betr. Abhaltung einer Konferenz von Vertretern aus allen neutralen Staaten;

Ein Vorschlag aus Amerika betr. Abhaltung eines internationalen sozialistischen Kongresses.

Wir halten es für unmöglich, jetzt die Vertreter unserer Bruderparteien der kriegsführenden Länder zu versammeln, dagegen wünschen wir, soweit dies möglich, einen Bericht aus diesen Ländern wie auch von dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus über die bei ihnen herrschenden Auffassungen über die gegenwärtigen Verhältnisse wie über die Zustände selbst. Wir haben in dieser Sache nichts unternommen wollen, ohne Sie zu informieren und bitten Sie, soweit Ihnen dies möglich ist, den geäußerten Wünschen nachzukommen. Ein event. Bericht müßte dann spätestens Ende dieses Monats eingehen.

Alle Auskünfte usw. über die Konferenz erteilt: Th. Stauning, Römertorgade 22, Kopenhagen K.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Namens der sozialdemokratischen Parteien in
Schweden: H. Branning. Norwegen: Chr. S. Knudsen.
Dänemark: Th. Stauning.

Von der serbischen Sozialdemokratie.

Die entsetzlichen durch den Krieg geschaffenen Bedingungen, in welchen sich das Land und das Volk in Serbien befinden, vermöchten nicht die Energie unserer Genossen lahmzulegen. Seit dem 21. Oktober (3. November) erscheint in Risik das Tagesblatt der Partei in Belgrad. Trotz des Druckes der Zensur erzählt die erste Nummer von den schweren Leiden, die der Krieg mit sich gebracht hat. Die Organisationen sind auseinandergefallen.

Am 12. 25. Oktober fand in Risik eine Parteikonferenz statt, welche beschlossen hat, die größten Anstrengungen zu machen, um die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wieder ins Leben zu rufen.

Gewerkschaftliches.

Kriegsversicherung von Gewerkschaftsmitgliedern.

Der Verband der Bureauangestellten hat, wie „Der Bureauangestellte“ bekannt gibt, beschlossen, alle seine zum Kriegsdienst eingezogenen oder noch eintretenden verheirateten Mitglieder bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge zu versichern. Als erste Prämienrate sind an die Volksfürsorge 4000 M. abgeführt. Den Familien dieser Mitglieder wird so ersatzlos eine erste Hilfe gesichert, wenn ihr Ernährer als Opfer des Krieges fällt. Die Maßnahme des Verbandes der Bureauangestellten ist ein neuer Beweis für die Hilfsbereitschaft unserer Gewerkschaften in dieser schweren Zeit.

Berlin und Umgegend.

Eine befriedigende Lösung.

Die Dreher und Maschinenarbeiter der Torpedowerkstatt von der Firma Schwarzloppf nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung zu der Frage der Ueberstunden und Sonntagsarbeit Stellung. Besondere Verantwortung hatte unter den Arbeitern eine Bekanntmachung der Betriebsleitung hervorgerufen, in der die bedingungslose Ableistung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit gefordert wurde, und nicht nur von der Betriebsleitung, sondern auch von der Verwaltung der Kaiserlichen Marine unterzeichnet war.

Auf Wunsch der Arbeiter war deshalb auf dieser Versammlung auch die Betriebsleitung der Firma Schwarzloppf eingeladen worden, und ebenso war das Reichsmarineamt um die Einsetzung eines Vertreters gebeten. Von der Firma Schwarzloppf war der Betriebsleiter, Herr Oberingenieur Köllle, anwesend, und vom Reichsmarineamt nahm Herr Marine-Gewerberat Dr. v. Finkh an der Versammlung teil.

In lebhafter Weise wurde von den Arbeitern begründet, unter welchen Schwierigkeiten gerade in dieser Abteilung der Firma Schwarzloppf die Arbeiter unter dem Arbeitssystem zu leiden haben. Mehrmals sind die Meister von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht worden, daß noch eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen frei gemacht werden, daß noch eine ganze Reihe von Arbeitskräften benötigt werden. Die Arbeiter haben sich selbst erboten, die benötigten und freien Stellen zu besetzen. Von diesem Anerbieten Ueberstunden und Sonntagsarbeit gefressen, obgleich auch die Betriebsverwaltung selbst in ihren allgemeinen Grundrissen zu Beginn des Krieges darauf aufmerksam machte, daß Ueberstunden und Sonntagsarbeit ausnahmsweise einer mehrschichtigen Arbeitszeit vorzuziehen seien sollten.

Nachdem die Arbeiter ihre Beschwerden vorgebracht hatten, wies Herr Köllle darauf hin, daß ja durch den Krieg eine ganze Reihe der bisherigen Geschäftsdispositionen über den Haufen geworfen

seien. Es müßte versucht werden, die erhöhten Aufträge der Bauverwaltung der Kaiserlichen Marine zu erfüllen. Naturgemäß trat eine ganze Reihe Schwierigkeiten ein. Wenn aber bei der Aussprache von den Arbeitern Vorschläge zur Behebung dieser Mängel gemacht würden, so sei er für alle derartigen Anregungen dankbar und ernehme sie auch durchaus an. Es liege ja auch im Interesse der Firma, Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu vermeiden, und insofern berühren sich die Wünsche der Arbeiter mit denen der Betriebsleitung. Es denke auch niemand daran, unnötigerweise Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu verlangen. Wenn jedoch in der bisherigen Arbeitszeit die Produktion nicht die Steigerung erfahren hat, wie es notwendig ist, dann wird dazu übergegangen werden müssen. Die Arbeiter könnten verstanden sein, daß im übrigen irgendwelcher Zwang zu derartigen Arbeiten nicht ausgeübt werden solle; man erwartet nur von den Arbeitern, daß sie den Wünschen der Betriebsleitung Rechnung tragen, wenn die Verhältnisse es erfordern.

Herr Marine-Gewerberat Dr. von Finkh wies noch darauf hin, daß die Marineverwaltung sich jeder Einmischung in die inneren Betriebsverhältnisse enthalten müsse. Ganz naturgemäß habe sie aber ein Interesse daran, die für sie notwendigen Arbeiten erfüllt zu sehen.

Siering, als Vertreter des Metallarbeiterverbandes, machte in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, wie außerordentlich wichtig für beide Teile eine derartige Aussprache gewesen sei. Dies gehe schon daraus hervor, daß lediglich durch diese allgemeine Aussprache ein völliges Einverständnis erzielt worden ist. Es sei den Arbeitern durchaus nachzufühlen, insbesondere denjenigen, die als hochqualifizierte Arbeiter angesehen werden können, wie es die Arbeiter der Torpedowerkstatt der Firma Schwarzloppf sind, daß sie Ueberstunden und Sonntagsarbeit vermeiden wollen, einmal um ihren Körper und Geist widerstandsfähig zu erhalten, dann aber auch, um die Zahl der Arbeitslosen herabzumindern und so weiteren Kollegen Arbeit zu verschaffen. Es ist also nicht böser Wille, wenn die Arbeiter Ueberstunden und Sonntagsarbeit verweigern. Die Arbeiter haben ebenfalls ein großes Interesse daran, die so notwendigen Arbeiten für den Heeresbedarf und die Marine zu erledigen.

Mit den von Herrn Köllle und Herrn Dr. von Finkh abgegebenen Erklärungen kann man durchaus zufrieden sein. Es wäre auch gar nicht zu der Erwägung gekommen, wenn nicht die Arbeiter der Auffassung wären, daß die Mitwirkung der Betriebsleitung einen besonderen Druck auf die Arbeiter ausüben sollte, und wenn nicht einzelne Meister unter völliger Mißachtung des Ansehens versucht hätten, die Arbeiter zu schikanieren. Insofern hat die Aussprache volle Aufklärung geschaffen, und es wäre im Interesse beider Teile dringend zu wünschen, daß auch bei kommenden Differenzen in der gleichen Weise versucht wird, eine Verständigung herbeizuführen. Nicht nur während des Krieges, sondern auch darüber hinaus in den Zeiten des Friedens.

Die Kesselschmiede haben unter den Folgen des Krieges nicht allzu stark zu leiden. Wie am Mittwoch in einer Versammlung dieser Branche festgestellt wurde, ist die eigentliche Kesselschmiedearbeit bedeutend zurückgegangen. In den Großbetrieben, die für die Kesselschmiede hauptsächlich in Frage kommen, ist weniger zu tun als sonst, zum Teil ist die Arbeitszeit der Kesselschmiede verkürzt worden. In den Kleinbetrieben wird gegenwärtig gar keine Kesselschmiedearbeit angefertigt; aber es werden starke Blecharbeiten, Beschläge und dergleichen ansetzend für Militärbehörden hergestellt. Diese Betriebe arbeiten meist im bisherigen Umfang. Zum Teil haben die Kesselschmiede, die in ihrem Beruf keine Beschäftigung fanden, in anderen Zweigen der Metallindustrie Arbeit gefunden. Im allgemeinen ist die Metallindustrie jetzt reichlich beschäftigt. Infolgedessen hat auch die Werbetätigkeit des Metallarbeiterverbandes so gute Erfolge, daß er in den letzten Wochen 5000 Neuaufnahmen machen konnte.

Deutsches Reich.

Unberechtigte Lohnabzüge macht die Firma H. W. Ebbinhaus, Papierfabrik in Leinweide i. B. Gleich nach Kriegsausbruch kürzte sie den Arbeitern den Verdienst um 15 Proz. Ein Arbeiter, der nach Abzug der 15 Proz. täglich nur 2,60 M. verdiente, kündigte, um sich andere Arbeit zu suchen. Die Firma, darüber erobert, entließ darauf den Vater des aus der Fabrik Ausgehenden und gab ihm auf, innerhalb acht Tagen die Werkwohnung zu räumen. Der von der Firma so rigoros behandelte ist über drei Jahre auf dem Werk beschäftigt und hat eine zahlreiche Familie. — Während in dieser Kriegszeit allerlei Wohlfahrtsvereinigungen die Lage der arbeitenden Klasse erleichtern sollen, zeigt sich auch gegenwärtig die Wohlfahrtsvereinigung der Werkwohnungen als ein besonderer Lebenshaushalt für den Arbeiter.

Ausland.

Orden an Tarifamtsvertreter.

Im vorigen Jahre war in Oesterreich ein großer Buchdruckerstreik ausgebrochen, der Anfang dieses Jahres durch die Vermittlung des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker beigelegt werden konnte. Wie jetzt bekannt wird, haben der Prinzipalvertreter Bürgenlein den Stern zum Komturkreuz des österreichischen Franz-Joseph-Ordens und der Geschäftsführer des deutschen Tarifamtes Schliebs das Ritterkreuz des gleichen Ordens erhalten. Da das Tarifamt der deutschen Buchdrucker bzw. dessen Vertreter irgendwelche Anerkennung für ihre Bemühungen in materieller Form ablehnten, kam die österreichische Regierung, auf deren Wunsch das deutsche Tarifamt die Vermittlung im Streik übernommen hatte, auf den Ausweg, ihre Anerkennung für die Verdienste des deutschen Tarifamtes um den gewerblichen Frieden im österreichischen Buchdruckerergewerbe auf diese eigenartige Weise auszubringen. In der österreichischen Gewerkschaftspresse wird die Dekorierung der deutschen Tarifamtsvertreter als eine gewisse Demonstration der österreichischen Regierung für die Tarifgemeinschaft bewertet, weil die Scharfmacher im österreichischen Prinzipalstreik leer ausgingen.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerungen überall.

Bisher hat sich der Bundesrat nur zur Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide entschlossen, aber noch auf mancherlei anderen Gebieten ergibt sich von Tag zu Tag dringender die Notwendigkeit, daß er von der ihm am 4. August erteilten Befugnis Gebrauch macht. Nicht nur bei Lebensmitteln, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw., sondern auch bei Rohprodukten für die Industrie, vor allem bei Metallen, mit deren Beschaffung wir fast vom Auslande abhängig sind, wie Aluminium, Blei, Zinn, Nickel, Kupfer u. a. Im Jahre 1913 führten wir ein: Aluminium 15 328 Tonnen, Blei 67 751 Tonnen, Zinn 14 291 Tonnen, Nickel 3315 Tonnen, Kupfer 225 392 Tonnen. Diese Einfuhr ist durch den Krieg unterbrochen, da der Verkehr mit Amerika besonders wegen der rigorosen Auffassung des Begriffs der Kontinente durch England so gut wie vollständig lahmgelegt ist. So hat auf dem Metallmarkt eine außerordentliche Preissteigerung Platz gegriffen. Kupfer, das vor dem Ausbruch des Krieges 125—128 M. kostete, steht jetzt auf 220 M. Aluminium liegt von 160 auf 460—500 M., Antimon von 45 auf 200—210 M., Nickel von 225 auf 550—600 M.

Nur zum Teil kann diese Preissteigerung auf Rechnung des natürlichen Mangels an Ware gesetzt werden. Sie hätte nicht so gewaltig sein können, wenn eben nicht auch hier die Spekulation sich der Bestände bemächtigt und das Angebot künstlich verringert hätte. Viel zu lang ist mit der Festsetzung von Höchstpreisen gezögert worden und wenn man sich jetzt entschließen wird, den Preissteigerungen endlich Halt zu gebieten und — was dringend notwendig ist — mit der Einführung der Höchstpreise den Verkaufszwang verbindet, werden genau, wie es beim Getreide der Fall war, die Spekulationen ihre Riesengewinne in der Tasche haben.

Was übrigens die Maßnahmen angeht, die bezüglich des Getreideverkaufs getroffen sind, so stellt sich immer mehr heraus, daß sie nicht nur zu spät ergangen sind, sondern auch noch an allerlei Mängeln leiden. So lassen sich einzelne Firmen zu dem festgesetzten Höchstpreise noch Zuschläge in Gestalt von „Provisionen“ zahlen, andere bringen es auf dem Wege über einen vertraglich festgesetzten Verzicht auf Kontrolle fertig bei Gerste, auch wenn die gesetzliche Bedingung — mehr als 88 Altkorramm pro Hektoliter — nicht erfüllt ist, den Höchstpreis von 205 M. zu überschreiten und das „Berliner Tageblatt“ weiß von Mähdern zu berichten, die um den für die Hersteller angelegten Höchstpreis von 13 M. für Mele überschreiten zu können, aus ihren Angestellten zum Scheine Tochtergesellschaften gründeten.

Die Preisfurcht hemmt sich allenfalls, durch die Maschinen der Reue zu schlüpfen, und leider sind sie noch immer weit genug, weil es den maßgebenden Stellen so unendlich schwer wird, ihre organisatorischen Fähigkeiten hier mit derselben Konsequenz und derselben Rücksichtslosigkeit anzuwenden wie auf militärischem Gebiet.

Soziales.

Hat der verwundete Kriegsteilnehmer Anspruch auf Krankengeld?

Eine Entscheidung des Versicherungsamts Karlsruhe, die diese Frage bejaht, hat Aufsehen erregt. Es ist vielfach übersehen, daß die Frage natürlich nur unter der Voraussetzung bejaht ist, daß die Arbeitsunfähigkeit innerhalb der drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eintrat und der Erkrankte sich im Inland befand. (§ 214 der Reichsversicherungsordnung.)

Der Kläger war bis zum 31. Juli 1914 Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Karlsruhe gewesen. Er mußte zum Heeresdienst eintreten und wurde am 20. August (also innerhalb der drei Wochen) im Krieg verwundet. Seine Verpflegung erhielt er im Städtischen Krankenhaus Karlsruhe auf Kosten der Militärverwaltung.

Die Krankenkasse verweigerte die Zahlung von Krankengeld, weil nach ihrer Ansicht der § 214 der R.V.O. auf Kriegsteilnehmer nicht anzuwenden sei und verwundeten Kriegsteilnehmern ein Krankengeld nicht zustünde, da ihnen kein Arbeitsverhältnis entgehe.

Das Versicherungsamt Karlsruhe hat sich dieser Ansicht nicht angeschlossen, sondern hat die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verurteilt. In der Begründung heißt es: „Die Reichsversicherungsordnung trifft ihre Bestimmungen unter Voraussetzung friedlicher Verhältnisse. Auch das Kriegsrecht vom 4. August 1914 ändert die Unfähigkeit und Führt in den wesentlichen Punkten gesteuert worden; im übrigen müssen die gesetzlichen Bestimmungen sinngemäß den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.“

Erwerbslosigkeit besteht in dem Mangel einer freigeordneten Beschäftigung unter freier Lohnvereinbarung. Der Kriegsdienst leistet, aber keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit aus. Kriegsbefreiung ist kein Arbeitsentgelt. Für unsere deutsche Auffassung gibt es kein Kriegsbauwerk mehr, wir haben keine Soldaten, die gegen Lohn kämpfen.

Wird die Arbeitskraft den Versicherten arbeitsunfähig und liegt dafür ein ärztlicher Nachweis vor, dann ist auch Krankengeld zu zahlen. Nirgends wird ein Nachweis dafür verlangt, daß ein wirklicher Schaden entstanden ist, denn auch dem freiwillig Versicherten, der nicht erwerbsfähig ist und demgemäß kein Lohn, wird, wenn Arbeitsunfähigkeit vorliegt, Krankengeld bezahlt.

Zu erwägen wäre noch, ob der Anspruch auf Krankengeld „ruht“, so lange der Kranke auf Kosten der Militärverwaltung im Lazarett volle Verpflegung erhält. Nach § 216 R.V.O. sind jedoch die Fälle, nach denen der Anspruch zu ruhen hat, erschöpfend geregelt; der vorliegende Fall ist dort nicht untergebracht. Auch § 134 kommt nicht in Frage, denn die Krankenliste wird nicht von der Kasse, sondern von der Militärverwaltung geleitet.“

Soweit das Reichsversicherungsamt Karlsruhe. Die von ihm behandelte Frage beschränkt sich, wie eingangs erwähnt, auf einen Fall, in dem innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Eintritt in die mobile Armee die Verwundung eintrat und der Verwundete sich in Deutschland befand. Man darf gespannt sein, ob auch nur in diesem Umfang das Reichsversicherungsamt die Entscheidung bestätigen wird. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

Keine Buchstabenkläuberei!

Das Reichsversicherungsamt wandte sich in einer Unfallsache in recht entschiedener Weise dagegen, daß, statt den wirklichen Willen zu erforschen, die Instanzen an den Buchstaben einer Parteiaufklärung sich halten.

Die Arbeiterin D. erhielt durch Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung der Regierungsbezirks Marienwerder für die Folgen eines am 21. November 1910 erlittenen Betriebsunfalls — Verletzung des rechten Beines durch Wip eines Stuhles — eine Rente von 60% Proz.

Anfang April 1912 trat in den Unfallsachen eine Verschlimmerung ein, Heilverfahren wurde — da die Wunde wieder aufgeplatzt war — notwendig. Am 10. April wurde der Müllererei-Vereinsgenossenschaft davon Mitteilung gemacht und um Uebernahme des Heilverfahrens gebeten. Die Genossenschaft setzte daraufhin für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1912 — an diesem Tage war das Heilverfahren abgeschlossen — die Vollrente fest.

Die Verurteilung, die Genossenschaft auch zur Zahlung der Vollrente für die Zeit vom 11. April — Tag des Eingangs des Antrags bei der Vereinsgenossenschaft — bis zum 30. April zu verurteilen, wurde zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt hob diese Entscheidung des Oberversicherungsamts Marienwerder auf und verurteilte die Genossenschaft zur Zahlung der Vollrente für die oben genannte Zeit.

Das Reichsversicherungsamt sagt: „Die Auslegung des § 89 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, die die Vorinstanzen vorgenommen haben, entspricht nicht dem Geiste der sozialen Gesetzgebung. Es ist nicht darauf zu sehen, was die Versicherten in den Schriftsätzen gesagt haben, sondern was sie bei verständiger Würdigung der Sachlage zum Ausdruck bringen wollten.“

Wenn aber die Verletzte um Uebernahme der Heilbehandlung bitte, so will sie offenbar auch für die Zeit der Heilbehandlung die dadurch bedingte Erwerbsunfähigkeit von der Vereinsgenossenschaft entschädigt haben.“

Zweierlei Auffassungen von Invalidität.

Man schreibt uns aus Ostha: Der Holzarbeiter F. wurde im Herbst 1911 ein Opfer seines Berufes; die Fraismaschine riß ihm das zweite und dritte Glied des linken Zeigefingers ab. — Der Mann war fünf Wochen lang arbeitsunfähig, dann wurde er zu 90 Prozent invalid geschrieben und erhielt in der Zeit vom November 1911 bis Februar 1912 eine Rente von 15,10 M. pro Monat, von der Zeit an aber nur noch 10 Prozent mit 7,55 M. monatlich.

Diese Rente wurde dem Mann im Mai dieses Jahres entzogen, weil laut Gutachten des Vertrauensarztes der Baugewerkschaftsgenossenschaft „vollständige Genesung eingetreten und keinerlei Empfindlichkeit mehr vorhanden“ sei. —

Mit Ausbruch des Krieges wurde F. arbeitslos; nur gelegentlich, hunden- oder tageweise, konnte er bei dem einen oder anderen Kleinmeister Arbeit erhalten. Nun wurden tüchtige, qualifizierte Holzarbeiter für die Reparaturwerkstätten an der Bahn gesucht. —

... meldete sich sofort, und ein Meister, der ihn empfing und dem er als tüchtig bekannt war, sagte zu dem Arbeitersuchen: „Sie werden gewiß eingestellt werden.“ — Der Arbeiter legte nun der Direktion seine Papiere vor und wurde dann zu dem Vertrauensarzt geschickt, um ein Gesundheitsattest ausstellen zu lassen. — Während der Arzt schrieb, betrachtete A. das Formular und las den Vorbrud. Es enthielt u. a. die Frage: „Sind Folgen früherer Krankheiten vorhanden, welche hindern, als Soldatgeber tätig zu sein?“ Der Arzt schrieb in diese Rubrik: „Ja. Es fehlt das zweite und das dritte Glied des linken Zeigefingers.“ —

Gerichtszeitung.

Kriegschiebung.

Wie auch der Krieg zu Schiebungen bösester Art mißbraucht werden kann, erwies eine Verhandlung, die recht eigenartige Verhältnisse bei der Gründung der „Gesellschaft vom Eisernen Kreuz“ aufstrotzte und das Amtsgericht Berlin-Lichterfelde unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Armstrong beschäftigte. Es handelte sich um den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die der Graf Benzl-Sternau-Hohenau gegen den Schriftsteller Hans Ostwald-Zehlendorf beantragt hatte.

In der Verhandlung, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden hinzog, ergab sich folgender recht interessanter Sachverhalt: Am 26. September verhandelte der jetzige Kläger, Graf Benzl-Sternau, an zahlreiche hochstehende Persönlichkeiten ein Schreiben, in welchem zum Beitritt in die von dem Grafen Benzl-Sternau gegründete „Gesellschaft vom Eisernen Kreuz“ aufgefordert wurde. Da es sich um die Gründung von Erholungs- und Genußheimen für verwundete Offiziere handelte, ließen die Beitrittserklärungen auch recht zahlreich ein. — In der ersten Sitzung nahmen teil: der jetzige Kläger, der sich Graf Hohenau nannte, Stadtbaumeister Jautsch, Kräfte von Salviati und die Herren Koblinski, Krieger und der jetzige Beklagte Hans Ostwald, lehrter in seiner Eigenschaft als Schriftführer des „Vereins für innere Kolonisation“. Auf Antrag Ostwalds wurde beschlossen, daß die anwesenden 7 Personen einen Verwaltungsrat bilden sollten, der die Geschäftsführung übernahm. — Die Rechtsanwältin Hohenau als Vertreter des Beklagten vor Gericht zum Vortrag brachte, ist dieser Beschluß nie zur Ausführung gelangt. Der Kläger habe völlig selbstherrlich über alles verfügt. Ein paar Tage später habe der Kriminalwachtmeister D. dem Beklagten mitgeteilt, daß bezüglich der Person des Grafen Hohenau die größte Vorsicht geboten sei. Gegen den Grafen sei schon einmal während des Krieges polizeilich eingeschritten worden, weil er unter dem Namen „Freiwillige Kriegshilfe“ Personen mit Sammelbüchern und Listen herumgeschickt habe, die das Abzeichen des Roten Kreuzes trugen. Als die Polizei einschritt, seien viele zerrissene Listen, aber keine Buchführung vorgefunden worden. — Am 28. Oktober fand dann in Abwesenheit des Grafen H. eine neue Sitzung statt, in der beschlossen wurde, um einem großen Skandal vorzubeugen, weitere Ermittlungen über die Tätigkeit des Grafen anzustellen. Die Rechtsanwältin Hohenau vor Gericht weiter mitteilte, sei dann festgestellt worden, daß Graf Hohenau, eine Frau Siffen und ein Herr Krieger, entgegen dem schon ergangenen Beschluß, sich selbst zum Verwaltungsrat eingefügt hatten, der wiederum den Vorstand, bestehend aus dem Grafen und Frau E., ernannte. Dieser Vorstand wählte dann wieder den Grafen zum Geschäftsführer. Das eingegangene Geld, etwa 1700 Mark, wurde wie folgt verteilt: Der Graf und Frau E. erhielten je 200 Mark Gründungskosten, Frau E. erhielt für Mitbenutzung ihres Zimmers zu Geschäftszwecken monatlich 100 Mark. Der Graf erhielt ein Monatsgehalt von 500 Mark und täglich 20 Mark Zinsen. Herr Krieger erhielt als Anzahlung für sein nach Sachverständigenurteilen zur Anlage eines Genußheims völlig ungeeignetes Haus 150 Mark. Nach diesen Feststellungen hielt es der Beklagte Ostwald und Dr. Franz Oppenheimer, der sofort seine Unterschrift zurückgezogen hatte, für unbedingt notwendig, ein Rundschreiben an sämtliche Personen zu erlassen, welche schon ihren Beitritt erklärt hatten. Das Rundschreiben hatte zur Folge, daß zahlreiche Personen sofort ihre Unterschrift zurückzogen. Darauf beantragte nun Graf Benzl-Sternau den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, nach welcher Ostwald verboten werden sollte, weiter derartige Behauptungen aufzustellen.

Vor Gericht bestritt Graf Sternau die Richtigkeit der Behauptung der Gegenpartei und bestritt insbesondere auch, sich jemals nur Graf Hohenau genannt zu haben. Von Ostwald wurden darauf mehrere Schreiben, darunter das Einladungsschreiben, vorgelegt, welche mit „Graf Hohenau“ unterzeichnet waren. — Das Gericht wies daraufhin den Antrag des Grafen zurück, legte ihm sämtliche Kosten auf und stellte den Wert des Streitgegenstandes auf 2000 Mark fest.

Kleine Nachrichten.

Zwei Bauern.

Über eine schöne Handlung eines Bauern wird dem Remscheider Generalanzeiger geschrieben: „Nach Ausbruch des Krieges hatten dem Bauer, der meine Hauswirtin mit Butter und Kartoffeln versorgt, mehrere Kunden, deren Ernährer zur Fahne einberufen waren, die Butter aufbestellt. Der Bauer sagte aber: „Ihr halt so lang got Botter van mer kregen, dann jst ihr o ch widder got Botter ehten, ach loh se eht so lang für 'ne Mark.“ In ebenso humaner Weise hat er jetzt bei Lieferung der Winterkartoffeln gehandelt, die er seinen besterzogensten Kunden zu 4 M. den Zentner geliefert hat. Anderen aber, die zurzeit in einer etwas bedrängten Lage sind, lieferte er sie entsprechend billiger, bis zu 3 M. herunter. Dies ist doch eine sehr lobenswerte Handlungsweise, wenn man dagegen hört, wie andere Bauern die Lage ausnützen und teilweise unverschämte hohe Preise

fordern. Ich meine deshalb, daß ein solches rühmliches Beispiel verdient, öffentlich bekannt zu werden.“

Etwas weniger schön ist das Verhalten einer recht wohlhabenden Bauersfrau aus dem Dorfe Rogöfen im Kreise Pommern. Durch die Ortsbehörden sollte eine Anzahl ostpreussischer Flüchtlinge vorübergehend im Orte untergebracht werden. Man glaubte, daß eine Bauerngutsbesitzerin, die über vier unbenützte heizbare Zimmer verfügt, zwei älteren leidenden Leuten mit einigen Kindern Aufnahme gewähren würde. Das Ansinnen wurde jedoch von der Frau kurzerhand abgewiesen. Die armen bedauernswerten Flüchtlinge, die im Vertrauen auf die Menschenfreundlichkeit der wohlhabenden Bauersfrau um Unterkunft baten, wurden schließlich von einem in viel engerer Bekanntschaft wohnenden Briefträger aufgenommen.

Gemütsmenschen!

Es ist schon viel darüber geschrieben worden, wie schwer ein Teil der Hausbesitzer zu bewegen seien, in dieser schweren Zeit Opfer für das Allgemeininteresse zu bringen. Einen der wertvollsten Beiträge zu diesem Gegenstande liefert jetzt der Oberbürgermeister von Gagen. Wir wollen ihn unseren Lesern nicht vorenthalten:

Bekanntmachung.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß Hausbesitzer, die einen Mietsnachschuß für Kriegervfamilien gewährt haben, den Betrag der Ermäßigung von den Kriegervfamilien erhoben haben. Ganz abgesehen davon, daß dieses Verfahren verwerflich ist, entspricht es aber auch nicht den an die Mietszahlung durch die Stadt geknüpften Voraussetzungen. Das Fürsorgeamt wird Sorge tragen, daß ihm solche Fälle bekannt werden; es werden den Vermietern die zu Unrecht eingezogenen Beträge von der ihnen zu zahlenden Miete eingekonten oder die Mietszahlung an sie eingestellt werden.

Für künftige Fälle wird Veröffentlichung des Namens des Hausbesitzers in Aussicht gestellt.

Gagen, den 12. November 1914.
Städtisches Fürsorgeamt für Kriegervfamilien.
Guno: Oberbürgermeister.

Diese Herrschaften bezichtigen also auf einen Teil der Miete, weil sie dadurch den verminderten Mietsbetrag von der Stadt garantiert erhalten. Dann gehen sie aber auch noch zu dem Mieter und pressen aus diesem den Betrag, auf den sie vorher „verzichtet“ haben, heraus.

Winters Einzug.

München, 19. November. Der Winter hat hier mit voller Macht eingezogen. Seit gestern schneit es unausgesetzt; auch aus ganz Bayern laufen Meldungen über ergiebige Schneefälle ein.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis, Jugendabteilung. Sonntag, den 22. Novbr., vereinigen die jugendlichen Genossen eine Wanderung nach Hallsen, dort im Hotel „Königsberg“, Stadthof Ependau. Treffpunkt 7 1/2 Uhr vor dem Lehrer Bahnhof. Fahrpreis etwa 60 Pf.

Schöneberg. Heute Freitagabend 8 1/2 Uhr findet der vierte Vortrag des Genossen Kreises über die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Wilhelmshof, Ederstr. 80, statt.

Wilhelmsdorf. Heute Freitag Vorlesung der Damer-Vorträge über „Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“. Beginn abends 8 1/2 Uhr im Restaurant von Schilling, Leuenburger Str. 20.

Lichterfelde. Am Sonntag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr, bei Schindler, Köpenicker Str. 1, Lichterfelde, Kriegsbilder aus Ostpreußen. Eintritt für Erwachsene 10 Pf.

Am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, ebenfalls bei Schindler, Köpenicker Str. 1, Märschvorträge für Kinder. Eintritt für Erwachsene 10 Pf., Kinder halber. Hierzu sind besonders die Frauen und Kinder der Verbundenen mitzubringen.

Die Arbeiterbühne beginnt sich jetzt am Samstag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Schindler, Köpenicker Str. 1, die Ausgabe von Büchern in der Einrichtung, das im besonderen die Frauen der Verbundenen für sich und ihre Kinder immer gutes Lesematerial und beste Unterhaltungsliteratur erhalten können. Hochwürdige Beratung ist immer vorhanden.

Vorhauweide-Wittmann. Die Mitgliederversammlung des Wahlkreises findet am Freitag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorhauweide-Wittmann statt.

Bernau-Schönau. Am Samstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlkreises bei Salmann, Posdorfer Str. 2. Vortrag des Genossen Fritz Glener. Halbjahr überholt und Bericht über den Mitgliederschutz ist vorzuzugewinnen.

Jugendveranstaltungen.

Die diesjährige Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften findet am Sonntag, den 29. November, bis einschließlich Sonntag, den 20. Dezember, statt. Vom 29. November bis 9. Dezember befindet sich die Ausstellung im Gewerkschaftshaus, von da an bis zum 20. Dezember im Portwärtsgebäude.

Preis-Bund. Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr: Lichtbildervortrag bei Peder. Eintritt 10 Pf.

Sonntag, den 22. November: Rundgang durch Alt-Berlin. Besichtigung des Stadthauses. Treffen 9 Uhr Germaniapromenade.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Rohndorf. Freitag, den 20. November, 3 Uhr, im Lokale von R. Schulze.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hol rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jede für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Kennzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. B. 1. 2. und 4. Reia. 3. Wir haben wiederholt, unter anderem ausführlich am 12. August, dargelegt, daß an Stelle der statutenmäßigen Antragsstellungen leider infolge des Notstands vom 4. August 1914 die Antragsstellungen getreten sind. In dem angelegenen Artikel ist auch ausführlich dargelegt, worin diese Abweichungen bestehen. — G. S. Vichtenberg. 1. Die Betreffende soll sich an den Landrat und an die Landesversicherungsanstalt wenden. 2. Die Betreffende möchte beim Amtsgericht auf Zahlung ihres Gehalts klagen. — M. B. Das Sterbezeug wird nur gezahlt, wenn der Verstorbene zur Zeit des Todes noch Mitglied der Kasse war, wenn also für ihn während des Krieges weiter geklebt wurde. — G. B. 200. 1. Sie möchten eine Bescheinigung der Gemeinde beibringen, daß Sie nicht in der Lage sind, die Kosten des Prozesses zu tragen, und dann das Gesuch beim Landgericht erneuern. 2. Wichtig wäre, sobald zu klagen. 3. Gehalt ist in Ordnung, wenn wegen des Todes die Ehe ge-

schieden wird und der andere Ehegatte Bekleidung beantragt. 4. Sie möchten auf Unrechtliehkeitsklärung des Kindes bei Gericht klagen. Die Klage kann nur durchgehen, wenn Sie die Unmöglichkeit darlegen, daß das betreffende Kind ihr Kind sein kann. — R. v. 20. Notarielle oder gerichtliche Beglaubigung ist erforderlich. — M. 86. Das würde keinen Zweck haben. — C. B. 14. 1. Welche Frau kann Ihnen die Postanstellung, Ludenauer Str. 4/5, Auskunft erteilen. 2. Wegen Geldes untauglich. — W. B. Tempelhof 1882. 1. Sie können sofort beim Amtsgericht Sühntermin beantragen und nach fruchtlosem Ausfall derselben auf Wiederbestellung des ehelichen Lebens oder, wenn Gründe vorliegen, auf Überschreibung klagen. 2. Die Gültigkeit eines Vertrages hängt nicht davon ab, ob derselbe geteilt ist oder nicht. Ein Scheidungsvertrag muß natürlich so erachtet abgeschlossen sein. Scheiten kann man natürlich auch dadurch, daß man die Ehen direkt zum Eigentum überläßt. — G. 2. 31. Nur wenn der Ehemann sein Einverständnis mit dem früheren Aufheben des Vertrages erklärt, können Sie ohne Verzug mit der Witte um Unterlassung. — G. 2. 17. Wegen Fettleibigkeit Landturmpflicht. — Ludwig. Je nach Art des Bruchs kann völlige Tauglichkeit, Warnhinweisfähigkeit, Landturmpflicht oder Untauglichkeit vorliegen. Ob das eine oder andere vorliegt, entscheidet der Arzt. — G. 6. 11. 1. Eine ärztliche Untersuchung ist: sich bei keinem ärztlichen Fehler schließen, ob Untauglichkeit vorliegt oder nicht. 2. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando unter Vorlegung des Sachverhalts mit der Witte um Unterlassung. — G. 2. 300. Nach der herrschenden Praxis müßte Ihre Tochter ausdrücklich dem Aussehen widersprechen, wenn Sie mit demselben nicht einverstanden ist, sonst steht ihr ein Anspruch für die Zeit des Aussehens nicht zu. Hat Sie widersprochen, so steht ihr mindestens für die Rückzahlung des Entschädigung zu. — G. 51. Das ist anzunehmen. — C. B. 100. Uns ist auch kein Termin bekannt. — M. B. 9. Dazu gehören ebenso gut sachgemäße Kenntnisse wie zu jedem anderen Handwerk. — M. B. 30. Räte-Veranstaltung des Hellerhauses Berlin, Luisenpark 121, oder Bund für Mutterrecht, Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 23. — G. 2. 68. 1. März 1898. Schönberg-Alexanderplatz. Räte-Veranstaltung bei der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, Berlin, Leipziger Platz.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 22. November, 9 Uhr, und Aufnahmetermin von 3-6 Uhr, im Restaurant Genidstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Eingegangene Druckschriften.

Freitag's Sammlungen ausgewählter Dichtungen. Vorkal. Der Ring der Nibelungen. Von H. Wagner. Herausgegeben von H. Goltzer (2 Bände). — Geist der Zeit. Aus tiefer deutscher Not. Von E. W. Arnst. Herausgegeben von Dr. E. Gladig. — G. Tempel, Wien und G. Freitag, Leipzig.

Amlicher Marktbericht der hiesigen Kartoffel-Direktion über den Großhandel in den General-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 19. November. Preis: Kartoffeln per 50 kg, Ostpreussisch la 78-80, do. IIa 74-78, do. IIIa 65-73; Süddeutsch la 78-83, do. IIa 68-75; Röhre, fett 60-70, do. mager 55-60, freier 65-72, do. hell 60-65, do. dunkel 48-55, Rüben, dünn, 65-75, Rübenschale: Doppelender 110-120; Rübenschale la 85-97, do. IIa 72-83, Kammerfleisch: Rübenschale 78-80; Kammer la 72-77, do. IIa 67-72; Schale 67-72, Schweinefleisch: Schweine la fett 78-80, IIa 66-75; Seuren, dänische 0,00-0,00. — Gemüse, inländisch: Kartoffeln, Tuberische 50 kg 3,75-4,25; weiße Runkelrüben 3,50-3,75; Magnum bonum 3,75-4,00; Ballmann 3,50-3,75; Porree, Schod 0,70-1,00; Sellerie, Schod 3,50-4,00; Spinat 50 kg 8,00-13,00; Kohlraben 2,00-2,50; Kohlrabi Schod 0,80-1,10; Wirsinglobi Schod 4,00-10,00; Wirsinglobi 50 kg 3,50-4,00; Beiflohl Schod 3,00-3,50; Beiflohl 50 kg 2,0-2,50; Kohlflohl, Schod 4,00-10,00; Kohlflohl 50 kg 3,00 bis 4,00; Grünfloh 50 kg 3,00-4,00; Kohlflohl 50 kg 3,00-3,50; Zeltower Röhren 50 kg 12,00-16,00, Wärsche Röhren 50 kg 4,00-10,00; Sonnenfloh Ernter, 100 St. 15,00-22,00, Kolentofl 50 kg 20,00-25,00, Weerrettich Schod 5,00-12,00, Peterhirsntourgal Schodund 1,00-3,00; Rabieschen Schodund 0,70-1,00; Salat Schod 2,00 4,00; Zwiebeln 50 kg 7,50-8,00; Tomaten 50 kg 7,00-10,00; Pfefferlinge 50 kg 00,00, Steinpilze 50 kg 00,00-00,00; Grünlinge 50 kg 3,00-6,00; Champignons 50 kg 00,00-00,00; Kürbis 50 kg 3,00-5,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Grünstig kalt. Im Nordwesten vielfach heiter und trocken, jedoch teilweise neblig. In den anderen Gegenden nachdenig bewölkt und besonders im Süden und den östlichen Küstengebieten wiederholt leichte Niederschläge.

Allgem. Ortskrankenkasse für Kowawes u. Umgegend.

Am Montag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Port Arthur“, Remer Saal, die

ordentliche Ausschuß-Sitzung

statt, zu der die Mitglieder des Ausschusses hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Geschäftliche Angelegenheiten.
2. a) Bericht über die Krankenlofttage Berlin und Parnast.
- b) Nachgenehmigung zur Besichtigung der beiden Verammlungen.
3. Festlegung des Voranschlags für das Jahr 1915.
4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1914.
5. Bericht über den Kowawes, den 17. November 1914.

Der Vorstand.
geg. D. Köpcke, Vorsitzender.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

Am Montag, den 30. November 1914, abends 8 Uhr, findet im Schwarzen Adler, Schöneberg, Hauptstr. 144, eine

ordentliche Ausschuß-Sitzung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1914.
2. Kassensangelegenheiten.

H. Uhlmann O. Bränner l. o. m. Vorsitzender. Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmersdorf

Zu der am Montag, den 30. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Többerow, Augustastr. 1, stattfindenden

1. Ordentlichen Ausschuß-Sitzung

lade ich hiermit die gewählten Vertreter der Herren Arbeitgeber und Beschäftigten in Ausschuß erg. beist ein.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Ausschußvorsitzenden.
2. Wahl eines Ausschußschriftführers.
3. Beratung und Beschlußfassung über den Voranschlag für das Jahr 1915.
4. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission zur Prüfung der Jahresrechnung 1914.
5. Nachprüfung von Mitteln für das Genußheim.
6. Bericht über den Kowawes, den 17. November 1914.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen Aktieninsicht erforderlich ist, können zur Verhandlung nur zugelassen werden, wenn dieselben mindestens 3 Tage vorher schriftlich beim Vorstand eingereicht werden.

Berlin-Wilmersdorf, 20. November 1914.
Richard Albring, Vorsitzender.

Spezialarzt

Dr. med. Wockensuß, Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor), für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung. * Spr. 11-2 u. 5-8, Sonnt. 9-10

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Eine Kriegs-Chronik, wie sie der Arbeiter will,

gemeinverständlich und von tieferem Wert, verbunden mit unterhaltenden und belehrenden Beiträgen führender Schriftsteller, Abbildungen künstlerischer Art, sowie aktuellen Bildern, bietet die

Kriegs-Lese,

die allen denen empfohlen sei, die für sich und ihre Nachkommen eine bleibende Erinnerung an diese denkwürdige Zeit wünschen.

Wöchentlich 10 Pf.

An die Verwärts-Buchhandlung (Paul Singer), Berlin SW, Lindenstr. 3.

Erbitte:

1 Die Kriegs-Lese

wöchentlich 10 Pf.

mit oder ohne Nachlieferung.

Name u. Straße: